

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Organ der Eingeschriebenen Kassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg, der allg. Metallarbeitervereine, der Fachvereine der Former, Klempner, Schlosser und Maschinenbauer, Gelbgießer und Gürtler, Seilenhauer, Schmiede, Dreher, Binngießer, Schläger &c. Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstag. Abonnementspreis bei der Post 80 M., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 6. Juni 1891.

Inserate die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 S. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Auch eine Meinung zur Organisations-Frage.

Man muß gestehen, es geht ein lebendiger Zug durch unsere Gewerkschaftspresse, und es wäre zu wünschen, dieselbe Frische durchströmte auch das gewerkschaftliche Leben selber. Überall ein lebhafter Meinungsaustrausch, welche Form der Organisation wohl die zweckmäßigste sei, und vielleicht hängt die Säge des Kampfes um die Organisationsform gerade mit der Stagnation des gewerkschaftlichen Lebens zusammen.

Diese Stagnation wird aber natürlich bedingt von dem ganzen wirtschaftlichen Leben. Wir sind in einer absteigenden Geschäftsperiode — Flaueit und Zurückhaltung ist die Signatur des ökonomischen Marktes; diese Ebbe in der Produktion reizt die Unternehmer zu den verschiedenartigsten Kraftproben mit den Arbeiter-Organisationen. Verlieren können heute die Unternehmer nicht; es ist für sie heute nicht bloß belanglos, sondern in den meisten Fällen nicht einmal unerwünscht, wenn sie in Folge, bezw. aus Anlaß eines Streiks ihren Betrieb einige Zeit aussetzen können; diese Seite etwaigen Produktionsverlustes kommt für sie heute weniger in Betracht. Glückt der Anschlag gegen die Arbeiter-Organisation, so sind die Fabrikanten einer Fessel ledig, schlägt er fehl, nun, so bleibt es eben beim Alten.

Weniger klar und einfach steht die Sachlage für die Arbeiter; die Ubersicht über Stand und Tendenz des industriellen Marktes geht den Arbeiterkreisen meist in dem Grade verloren, in dem die Zahl der zum ökonomischen Kampf organisierten Arbeiter steigt und fällt. Und je kleiner der Kreis der Arbeiter, desto schwieriger die Einsicht in die ausschlaggebenden Verhältnisse, desto befangener und kurzsichtiger das Urteilsvermögen. Daher auch die Erscheinung, daß die Anforderungen der Arbeiter an die Unternehmer nicht gleichen Schritt halten mit der Besserung der Marktverhältnisse, sondern daß die Arbeiter in der Regel erst dann Kenntnis von den günstigen Konjunkturen erhalten, wenn diese ihrem Höhepunkte zuweilen oder ihn schon überschritten haben. Die Forderungen der Arbeiter schlagen daher häufig in die Zeit über, die den Unternehmern das Pariren sehr erleichtert.

Zum Unglück für unsere Gewerkschaftsbewegung fiel diese Zeit zusammen mit dem Sozialistengesetze. Die Zeit der industriellen Hochflut traf die deutsche Arbeiterschaft an Händen und Füßen gefesselt; ein Jahrzehnt lang war jede Vereinigung, jede Aktion auf gewerkschaftlichem Gebiete geradezu verunmöglich. Und nicht bloß das — auch jede Möglichkeit war verschlossen, in die breiten Massen der wissensdurstigen Arbeiter theoretisches Wissen, ökonomische Kenntnisse zu bringen. Da lockerte sich und endlich fiel die politische Fessel, die auch jede ökonomische Aktion ersticht

hatte, und nun regte sich ein Chateaubriand, wobei der gute Willen in umgekehrtem Verhältnis zum Können stand. Und noch ein Moment kommt hier in Betracht. Nicht bloß war eine ganz neue Generation herangewachsen, die im Kampfe ungeübt, erfahrungsarm war, sondern auch die industriellen Verhältnisse waren riesig gewachsen, hatten sich in vorher nicht gekanntem Maße entwickelt. Mit anderen Worten: die Macht der Unternehmer hatte sich kolossal gesteigert, sie hatten, begünstigt durch Gesetzgebung, Polizei und industrielle Entwicklung, große, geschlossene Verbände geschaffen, mit denen die armseligen Organisationen der Arbeiter keinen Vergleich aushalten können.

So ist es denn erklärlich, daß die Arbeiter, die noch in der Organisations-Jade eines vergangenen Jahrzehntes steckten, sich beengt fühlten und diese zu sprengen oder doch zu rücken versuchten, und daß dieser Streit um die Organisationsform um so eifriger geführt wurde, je allgemeiner die Unzulänglichkeit der vorhandenen Kräfte empfunden wurde. Der Ruf nach Vereinigung der Kräfte erkobte! Ein Kopf, ein Heer!

Aber — aber! Man übersah, daß Deutschland nicht England ist. Man übersah, daß wir nicht bloß noch Kleinstaaterei, sondern auch noch die alte gute deutsche Polizei und die alten Polizeigesetze haben. So wie die Dinge bei uns in Deutschland liegen, hängt es einfach vom Willen der Polizei ab, durch den Traum der Vereinigung der deutschen Gewerkschaften zu jeder Minute einen Strich zu machen. Und daß die Polizei heute Verschiedenes duldet, ist bloß daraus zu erklären, daß heute an maßgebender Stelle die Nothwendigkeit des Einschreitens als nicht vorliegend betrachtet wird.

Ich will hier auf die Einzelheiten des Organisationsentwurfes der General-Kommission nicht eingehen — dieses Monstrum bürokratischer Reglementierung, dieser Wasserkopf eines Großmachtstraumes ist von dem Augenblicke an schon gerichtet, da er auf der Bildfläche der öffentlichen Diskussion erscheint.

Auf einen anderen Gesichtspunkt möchte ich hinweisen: in dem Augenblicke, wo eine solche Organisation, wie sie die Generalkommission vorschlägt, möglich wird, in demselben Augenblicke ist sie in Deutschland unnötig! Darüber braucht man sich keiner Täuschung hinzugeben. Aufgaben, wie Zusammenstellung und Pflege der Streikstatistik, Berufsstatistik, Verbreitung von Bildung unter den Mitgliefern, Schaffung eines Zentralorgans zc. sind eben keine Aufgaben für einen Zentralkörper sämtlicher deutschen Gewerkschaften, sondern das sind Nebenarten, die über die Unmöglichkeit einer solchen Organisation unter heutigen Verhältnissen hinwegtäuschen sollen. Nebenbei gesagt darf man auch nicht glauben, für solche „Aufgaben“ wirklich große Massen begeistern, in's Feld führen zu können.

Eine solch' großartige Zusammenfassung aller Kräfte, wie sie die Gewerkschaftskonferenz in der Schaffung der General-Kommission nach den ihr zugeordneten Aufgaben sich vorgestellt haben mag, läßt sich auch nicht durch Beschlüsse dekretieren, sondern sie muß, wie in England, aus den Verhältnissen und den Einzelorganisationen herauswachsen. Dann zeigt sich aber auch sofort die Konsequenz: Will dieser Zentralkörper dann seine, ihm von selbst durch die Verhältnisse aufgewungene Aufgabe erfüllen, so muß er die Leitung der gesamten Arbeiterbewegung des Landes in die Hand nehmen.

Und gerade hierfür liefert uns England mit seinem Generalrath der Gewerkschaften den besten Beweis. Im selben Maße, als die Macht der Gewerkschaften durch die Zentralisation wuchs, erwachsen ihr neue Aufgaben, wurde sie vom Boden des rein ökonomischen Kampfes auf das Gebiet der Politik gedrängt: die Gewerkschaften mußten eine eigene politische Leitung organisieren, das sog. Parlamentarische Komitee. Und bloß weil dieses seiner Aufgabe nicht gewachsen war, weil es vor den Konsequenzen seiner eigenen Existenz zurückscheute, sehen wir neben demselben und gegen dasselbe die Anfänge einer von der Gewerkschaftsbewegung getrennten politischen Arbeiterpartei im Sinne der Sozialdemokratie sich herankommen.

In Deutschland ist nun von vornherein eine solche Zusammenfassung der gesamten Gewerkschaftsbewegung in ein einziges Komitee einfach vereinsgesetzlich ein Ding der Unmöglichkeit. Wäre sie aber möglich, müßte die Gewerkschaftsbewegung nicht getrennt von der politischen Bewegung marschieren, dann bedürfte es wirklich keiner neuen Organisationsform, keiner neuen Leitung, dann hätten wir eben nur die Arbeiterbewegung, die sozialdemokratische Partei.

So wie heute die Dinge liegen, führen Versuche wie Schaffung der General-Kommission — gewiß gegen den Willen derselben und ihrer Urheber und ihnen unbewußt — einfach dazu, eine Art Nebenregierung gegen die Partei einzurichten. Und man braucht bloß auf den Umstand hinzuweisen, daß die Generalkommission, wollte sie nicht bloß das Sammelbassin der Streikgelder sein, sich selbst gezwungen sah, in eine Demonstration, von so eminent politischem Ursprung und Bedeutung, wie es die internationale Maifeier ist, hineinzugreifen und deren finanzielle Kraft für ihre Zwecke zu fruktifizieren, um zu begreifen, zu welchen Konsequenzen sich eine solche Kommission in der Zukunft gezwungen sähe.

Damit ist aber für Deutschland ihre Unmöglichkeit und gleichzeitig ihre Zwecklosigkeit erwiesen.

Die deutschen Arbeiter haben heute, nach den ihnen gezogenen vereinsgesetzlichen Schranken und nach der historischen Entwicklung der politischen und Partei-Verhältnisse als nächste Aufgabe den Ausbau

ihrer einzelnen Organisationen. Und dafür gibt es keine Schablone, die für alle und allerorten Geltung hat. Da gibt es nur einen Wegweiser: Zusammenfassung der Kräfte in große, machtvolle Organisationen unter Anlehnung an das historische Gewordene und mit Rücksicht auf die industrielle Entwicklung und Konzentration! Wo große Unternehmerverbände vorhanden, förmliche Industrie-Kartelle und Ringe den Arbeitern gegenüberstehen, wäre es doch der helle Wahnsinn, in kleinen Branchenorganisationen die Kräfte zu zersplittern, mit Zwerghaffen den großen ökonomischen Krieg führen zu wollen.

Die große Aufgabe der politischen Erziehung der Massen ist aber Aufgabe der Sozialdemokratie, deren Elitetruppen in der Gewerkschaftsbewegung stehen und aus ihr hervorgehen.

Versuch der Organisation des Lumpenproletariats zur Kontre-Revolution wider die Sozialdemokratie.

II.

Die Heilarmee besitzt eine Anzahl Speise- und Unterkunfts Häuser, in denen die Heilssoldaten gemeinschaftliche Mahlzeiten einnehmen und bei einander wohnen.

General Booth will nun diese Speise- und Unterkunfts Häuser derart erweitern, daß ein Jeder, der es wünscht, gegen Entrichtung von 4 Pence darin für die Nacht eine Stube zum Lager in geheizten Räumen, Abends und Morgens Kaffee und Brod erhalten könne. Der genannte Betrag soll hinreichen, um die Kosten zu decken, und Diejenigen, welche ihn nicht besitzen, sollen ihn in Form einer mäßig bemessenen Arbeit entrichten. Hat der Ankömmling einmal die Süßigkeiten der Arbeit gekostet, so meint General Booth, werde er sich auch einer bescheidenen Stellung nicht widersetzen; für diese sollen nun drei „Kolonien“ zusammen wirken, in der Stadt, auf dem Lande und jenseits des Meeres.

Die Insassen der städtischen Kolonie sollen zunächst durch die gleiche Arbeit, wie Holzspalten, Korbflechterei u. s. w., welche auch in den Äshen gefordert wird, ihr Brod verdienen; hauptsächlich jedoch sollen dieselben eine Organisation bilden, welche die Aufgabe hat, regelmäßig von Haus zu Haus all' die Abfälle zu sammeln, welche bisher selbst in pariseren Haushaltungen achtlos verloren gingen. Diese Abfälle werden dann an die Arbeiter-Kolonie auf dem Lande, das zweite Glied im Plane des Generals, geschickt. In geeigneter Entfernung von London soll eine Ackerbau-Kolonie entstehen, um den Ueberschuß der Londoner Bevölkerung aufzunehmen, nachdem derselbe in den geschilderten Anstalten in der Stadt bereits eine gewisse Schulung erhalten und den Willen und die Fähigkeit zum Arbeiten bewiesen hat. Weides ist notwendig, denn neben dem Ackerbau, welcher in erster Linie betrieben werden, neben der Blumen- und Gemüsezucht, welche

melblichen Händen Beschäftigung bieten soll, gibt es noch eine Menge anderer Dinge zu thun. Die Kolonisten sollen ihre Wohnungen selbst errichten, überhaupt für all' ihre Bedürfnisse möglichst selbst sorgen, dann für all' das Material, welches ihnen von der Stadt geliefert wird, eine geeignete Verwendung finden. Die Speisereste können, soweit sie nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet sind, als Viehfutter dienen, — speziell wünscht Booth eine ausgedehnte Schweinezucht und die damit verbundenen Industriezweige in's Leben zu rufen — Fettabfälle können auf Selse, Knochenreste zu Knöpfen oder Dünger verarbeitet werden; altes Papier geht in eine Papiermühle, deren Hauptabnehmer die Heilsarmee selbst sein wird, das Weißblech der Sardinenschachteln und anderer Konservendbüchsen endlich liefert Spielsachen und kleine Gebrauchsgegenstände. Kurzum, auf dem Arbeiterdort entwickelt sich, so hofft General Booth, eine rege Industrie, deren Erzeugnisse wiederum durch Vermittlung der städtischen Kolonie an den Mann gebracht werden sollen. Freilich, mit klingender Münze glaubt selbst der sanguinische General die Arbeit seiner Schützlinge in der Regel nicht belohnen zu können; dieselben müssen damit zufrieden sein, daß sie ihren Unterhalt bekommen, und daß die Sorge um denselben von den Schultern des Einzelnen auf diejenigen der Gesamtheit übertragen ist. Mit der Ackerbau-Kolonie und dem Arbeiterdorf soll das Rettungswerk aber auch keineswegs als vollendet gelten. Sie bilden dem General nur die Schule, nach deren Zurücklegung Alle, die dafür geeignet erschienen, den heimathlichen Boden Alt-Englands verlassen sollen, um in einer überseeischen Kolonie — etwa in Süd-Afrika — nach einer abermaligen Vorbereitungszeit auf einem von der Heilsarmee verwalteten Terrain allmählich zu freiem Besitz eigenen Bodens zu gelangen. Erst dann gilt ihre Rehabilitierung zu unabhängigen und nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft als vollendet. Die Kosten, die gerade für diesen letzten Theil sehr erheblich sind, hofft General Booth dadurch bedeutend zu vermindern, daß für die Ueberfahrt eigene Schiffe gemietet werden, auf welchen die Auswanderer selbst einen Theil des Dienstes versehen und anderweitige nutzbringende Arbeit verrichten können. Den Rest der Kosten soll der definitiv installirte Kolonist der Armee ratenweise zurückerstatten. Auf solche Weise gedenkt General Booth nach und nach den ganzen Ueberschuß der Bevölkerung von England aus den gedrückten Verhältnissen des alternden Europa in die freie Atmosphäre eines jugendfrischen Erdtheils zu verpflanzen.

Aber auch die Daheimbleibenden sollen darum der Fürsorge der Heilsarmee nicht verlustig gehen; dieselbe soll ihre Sorgen theilen, ihre Leiden zu mindern suchen, kurzum, der wahre Anwalt des armen Mannes sein.

Das Alles scheint im Grunde sehr schön und sehr unschuldig. Aber wenn man das Projekt näher betrachtet, so bemerkt man allerlei bedenkliche Seiten und verhängnißvolle Folgen, die aus ihm herauswachsen müßten.

Was wird eigentlich dem armen Menschen, welcher der Heilsarmee in die Hände fällt, für eine Existenz geboten? Seine Thätigkeit, das Sammeln von Lumpen, Knochen, Speiseresten, Abfällen aller Art ist zunächst die denkbar niedrigste, schmutzigste, ekelregendste Beschäftigung. Das Leben, das ihnen zum Lohn dafür gegönnt wird, ist das unwürdigste und ärmlichste. Sie unterstehen zweifellos einer eisernen Disziplin, sonst fliegen sie hinaus aus der Heilsarmee und wieder der unerbittlichsten Noth in die Arme.

Speisereste, so weit sie nicht zur

menschlichen Nahrung geeignet sind, heißt es im Plane des Generals, werden als Viehfutter benutzt. Da also werden Speisereste zuvörderst darauf untersucht, ob sie zur Menschennahrung geeignet sind, und warum sollten die Heils-Offiziere nicht finden, daß sich solche Reste, mögen sie kommen von wem sie wollen und aus noch so ekelregender Umgebung stammen, zur Menschennahrung ungeeignet seien, wenn sie selbst sie nur nicht zu essen brauchen.

Geld glaubt der General seinen Soldaten allerdings nicht bieten zu können, und bezeichnender Weise meint er von vornherein, daß Geld auch gar nicht nöthig sein werde. Das Wischen elender Unterhalt muß den Soldaten der Heilsarmee genügen. Es würde also durch die Heilsarmee, sobald die Organisation fertig wäre, der Preis der Arbeit zunächst in ihren Kreisen, bald aber durch ihre Konkurrenz weit hinaus unter den Preis von chinesischer Kuli-Arbeit hinabgedrückt werden. Das kann sich allerdings die Bourgeoisie gefallen lassen, und je mehr Proletarier auf die tiefste Stufe des Proletariats herabsinken, je erbärmlicher die Gesamtlage des Proletariats wird, desto kräftiger muß die Arbeit, desto bedeutender muß der Einfluß der Heilsarmee werden, und desto mehr Aussicht muß er unseren verrottenen Bourgeois-Staaten bieten, ihrer Wirthschaft wieder eine neue sozialpolitische Grundlage unterzuschreiben.

Man beachte nur, was im Plane des Generals fehlt! Von Unterricht und Belehrung, von Erweckung des Sinnes für die Wissenschaft ist keine Rede, es soll jedensfalls ruhig weitergebrüllt und die allerunsinnigste und roheste Frömmigkeit eingepflanzt werden. Das Wischen Bestand wird den Heilsoldaten beider Geschlechter vollends ausgetrieben.

Auch für die Kolonialschwärmerei unserer Kapitalisten gedenkt der General trefflich zu sorgen, billigere Versuchsmenschen für Afrika und sein mörderisches Klima, billigere Arbeitskräfte, um den Urwald auszuräumen und alle die ungeheuer beschwerlichen und wenig lohnenden Vorarbeiten der Kultivierung zu verrichten, gibt es wahrlich nicht, als die geläuterten Heilsoldaten des Generals Booth.

Der General thut für die bestehende Gesellschaft das Menschenmögliche und ist bereit, noch mehr zu thun. Er will dem zum Denken erwachten Proletariat den unfähigen Lumpenproletarier entgegenstellen; er will seine Soldaten wie Schachfiguren hin- und herschieben, ohne daß sie auch nur ein einziges Mal ein einziges Wörtchen mitzusprechen haben. Den Mann kann die Bourgeoisie gebrauchten. Das gäbe eine herrliche Kontre-Revolution, zunächst des Geistes, und wenn die noch denk- und arbeitsfähigen und -willigen Arbeiter wirklich einmal sich zur Gewalt treiben lassen sollten, dann gäb's auch eine Kontre-Revolution der Gewalt, bei der wahrhaftig das Kind im Mutterleibe nicht geschont werden würde.

Wir denken aber, diese Rechnung hat dennoch ein Loch. So fürchtbar bekommen ist kein Proletariat mehr, daß sich Millionenherde aus ihm einfangen, unverbrüchlich fesseln und wie Leichname regieren lassen würden, um ihre Brüder, die für die Freiheit und Wohlfahrt der Gesamtmenschheit kämpfen, blind und tödlich niederzuschlagen.

Und wenn auch die Heilsarmee des General Booth alle verkommenen und verkommenen Proletarier in sich schlösse, und zu Marionetten gemacht hätte in der Hand ihres Generals, — die zielbewußte Sozialdemokratie wird größer und stärker sein, und mit der alten Gesellschaft auch die neue Heilsarmee in die Kumpfkammer der Vergangenheit werfen.

Aus England.

(Schluß.)

Die Sonderinteressen der verschiedenen Klassen und Kategorien und das Bestreben eines jeden Arbeiters, einen besseren Platz für sich zu gewinnen, unbekümmert um in gleicher Lage sich Befindende, die ihm nur als Nebenbühler erscheinen, lassen ein Solidariätsgesühl nicht aufkommen, zumal das gesammte öffentliche Leben in England ein Anregungsmittel hierzu nicht bietet.

Nach dieser kurzen Schilderung der Arbeitsverhältnisse ist es sicherlich nicht zu verwundern, wenn die Organisation der Gewerkschaft einen keineswegs demokratischen Charakter hat.

Die Gewerkschaft in ihrer jetzigen Form wurde im Jahre 1848 gegründet, und sind die damals gefassten Statuten mit wenigen Aenderungen und Verbesserungen noch jetzt in Kraft.

Die Verwaltung der Vereinsangelegenheiten ist einem Komitee von 12 durch allgemeine Abstimmung gewählten Mitgliedern übertragen, die wöchentlich einmal zusammenkommen. Zur Verwaltung der Vereins-Angelegenheiten wird ein Sekretär gewählt, dem Assistenten zur Seite stehen, und der in Wirklichkeit dem Haupte eines absolut-monarchischen Staates entspricht. Das Komitee kann man als einen Staatsrath bezeichnen, in welchem der Sekretär kraft seiner Stellung die Ausschlag gebende Persönlichkeit ist.

Da der Lohnstarif, wie schon erwähnt, sich in einem so jammervollen Stadium befindet, daß nur wenige Mitglieder ihn völlig verstehen, die große Majorität der Mitglieder jedoch absolut kein Verständniß davon hat, und da ferner die gegenwärtig gemachten Arbeiten gar nicht in dem Lohnstarif von 1810 vorhergesehen sind, so ist es ganz natürlich, daß alltägliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Meistern und Gehilfen, oder zwischen den Gehilfen untereinander ausbrechen müssen, welche nur durch das Diktum des Sekretärs endgiltig entschieden werden können. In dieser Machtbesugnis des Sekretärs gerade liegt der wunde Punkt, der ihn aus einem Diener der Gewerkschaft zu deren Meister verwanbelt.

Doch ein anderer Punkt muß noch in Betracht gezogen werden. Die in einer Druckerei beschäftigten Setzer bilden einen kleinen Verein für sich selbst (sog. Chapel), wählen ihren Präsidenten (Father) und Sekretär (Clerk), und nur durch die Vermittlung dieser Persönlichkeiten sind die in einer Druckerei existirenden Uebelstände oder Beschwerden dem Generalsekretär mitzutheilen. Individuell vorgebrachte Beschwerden werden an die Druckerei-Bereinigung zurückgeschickt. Es ist nun leider eine traurige Thatsache, daß zu dem Posten eines Präsidenten oder eines Sekretärs gewöhnlich nur solche Mitglieder gewählt werden, die entweder in dieser Druckerei angelernt oder Jahre lang dort arbeiteten und demzufolge einflußreiche Stellungen innehaben. Liegt nun eine Beschwerde vor, die alle Mitglieder der Druckerei-Bereinigung gleichmäßig trifft, so wird eine Versammlung abgehalten und ein Beschluß gefaßt, dem Generalsekretär die Angelegenheit vorzulegen, welcher sich in diesem Falle schnell bereit erklärt, mit dem Geschäftsinhaber zu konferiren, um den Uebelstand zu beseitigen. Anders jedoch, wenn ein Mitglied oder Mitglieder, namentlich Neulinge, Ursache haben zu Beschwerde oder sich seitens des Metteurs für überbortheit halten. Jedes Mitglied hat das Recht, eine Versammlung einzuberufen, doch hier zeigt sich dann, daß die nicht betroffenen Mitglieder wie Ketten zusammenhalten und durch ihre Abstimmung die Beschwerde des Neulings als unbegründet erscheinen lassen. Dieser mag sich überbortheit glauben, alles was ihm übrig bleibt, einer solchen Abstimmung gegen-

über, ist gute Miene zum bösen Spiel zu machen oder einfach die Arbeit zu verlaßten. Er hat zwar das Recht, an das Gewerkschafts-Komitee zu appelliren, doch hat dieses nicht Zeit genug, die Sache gründlich zu prüfen und in 10 Fällen wird nur in einem dem Beschwerdeführer Gerechtigkeit werden.

Zieht man nun in Betracht, daß eine Gewerkschaftspresse nicht existirt, daß die alle Vierteljahre versandten Quartalsberichte nur die finanziellen und wichtigsten Ereignisse betreffen, und daß die Vierteljahrs-Versammlungen nur von Delegirten besucht werden dürfen, welche wiederum aus den älteren Mitgliedern der verschiedenen Druckereien gewählt werden, so kann man sich ein ungefähres Bild machen von dem Geist, der in einer solchen Gewerkschaft herrscht.

Reformen sind äußerst schwierig durchzuführen und gewöhnlich nur dann, wenn andere liberalere Gewerkschaften dieselben schon längst akzeptirt haben. Der Sekretär der Gewerkschaft, von dessen Willen oder Nichtwillen gar Vieles abhängt, wenn einmal gewählt, kann als unabsehbar betrachtet werden, da die nach Reformen strebenden Mitglieder nie zu einem einheitlichen Vorgehen zu bewegen sind und daher der leihargischen oder interessirten Masse gegenüber immer in der Minderheit bleiben.

Nun noch ein Wort über englische Gewerkschaften im Allgemeinen. Dieselben werden von Theoretikern in Deutschland stets als Muster von Arbeitervereinigungen hingestellt. Sie sind dies auch in quantitativer Beziehung, keineswegs jedoch in qualitativer. Zwischen den beiden geschilderten Gewerkschaften können alle andern klassifizirt werden. Was ihnen den großen Ruf und ihre eigenartige Stellung verschafft hat, ist die Masse der Mitglieder und die ansehnlichen Fonds, die sie im Laufe der Zeit angeammelt haben, die ihnen im Falle der Noth wie eine Kriegskasse zur Verfügung stehen. Bis zum Ausbruch des großen Doderstreiks hatte der Ausdruck „Trades-Unionism“ nur eine Bedeutung: Vereinigung von Handwerkern (skilled labour), einer Aristokratie von Arbeitern, die an der Prosperität der Industrie ihren Antheil nahm und auf die nichtorganisirte Arbeitermasse geringerschätzend herabblückte. Diese Bedeutung wird jetzt als „Alt-Trades-Unionismus“ bezeichnet. Seit mit dem Doderstreik die Nothwendigkeit der Vereinigung allen Arbeiterstufen klar geworden und täglich mehr zur Vollendung gelangt, hat auch die alte Bedeutung von „Trades-Unionism“ eine Umwandlung erfahren und drückt jetzt „Organisation der Arbeit“ aus. Es ist dies der „neue Trades-Unionismus“. Mit den alten Gewerkschaften hatte sich das Kapital als einer ebenbürtigen Macht abgefunden; gegen die neuen wehrt es sich mit aller Macht, und würde sie sofort erdrücken, wenn nicht auch in der öffentlichen Meinung eine Umwandlung zu Gunsten der neuen Gewerkschaften eingetreten wäre. Es ist der religiös-moralistisch-humanistische Meinungsausdruck nicht direkt in der Ausbeutung der niederen Arbeitstufen Betheiligter, welcher die Kapitalistenklasse zwingt, von allzu scharfen Maßregeln abzusehen und dadurch das Wachsthum der neuen Gewerkschaften ermöglichen wird.

Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz.

(„Vorwärts.“)

In seiner Sitzung vom 5. Dez. 1890 überwies der Reichstag den Gesetzentwurf, betreffend Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 einer Kommission von 28 Mitgliedern zur Vorberathung. Diese Kommission trat am 14. Januar d. J. in die Berathung des Entwurfes ein und hatte dieselbe in erster Lesung am 31. Januar nach 13 Sitzungen

erledigt. Die zweite Lesung begann am 9. Februar und wurde in 7 Sitzungen zu Ende geführt. Am 17. März war der schriftliche Bericht der Kommission über ihre Verhandlungen und Beschlüsse fertiggestellt, welcher nunmehr im Druck vorliegt.

Der Regierungsentwurf hat durch die Kommission erhebliche Veränderungen und, was wir gleich konstatieren wollen, auch tatsächliche Verbesserungen erfahren. Die herbe Kritik, welche der Entwurf in der Presse sowohl als auch in zahlreichen Versammlungen und auf dem Kongress der freien Hilfskassen erlitten hat, scheint nicht ohne Einfluß auf die Mitglieder der Kommission gewesen zu sein, was denselben nur zur Ehre gereichen kann; denn der Volksvertreter, der lediglich einer vorgefaßten Meinung oder dem Willen der Regierung folgt und der auf die berechtigten Klagen oder Wünsche und Bedürfnisse, die aus dem Volke geäußert werden, keine Rücksicht nimmt, verdient jedenfalls nicht das Vertrauen, welches ihm durch die Wahl entgegengebracht wurde.

Allerdings war bei der gegenwärtigen Zusammensetzung des Reichstages und damit auch der der Kommission nicht zu erwarten, daß auf die Wünsche der Vertreter der freien Kassen weitgehende Rücksicht genommen und den Letzteren eine größere Bewegungsfreiheit eingeräumt würde, als bisher; immerhin hat aber die Kommission gerade die Bestimmungen des Entwurfs abgelehnt, welche den freien Hilfskassen am verhängnisvollsten geworden wären. Hierher gehören in erster Linie die §§ 49, 49a, 49b u. 50. Nach § 49 sollten die Arbeitgeber verpflichtet werden, auch die Mitglieder der Hilfskassen, die dem § 75 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, zur Zwangsversicherung anzumelden. Nach § 49a sollte die versicherungspflichtige Person, welche von der Verpflichtung, einer Zwangskasse anzugehören zu müssen, befreit sein wollte, verpflichtet sein, den Befreiungsanspruch innerhalb drei Tagen geltend zu machen und auch den Befreiungsgrund nachzuweisen. Nach § 49b sollte jede Hilfskasse, die dem § 75 entspricht, verpflichtet sein, jedes Ausscheiden eines versicherungspflichtigen Mitgliedes aus der Kasse und jedes Uebertreten eines solchen in eine niedrigere Mitgliederklasse binnen einer Woche anzuzeigen, und nach § 50 sollte die Hilfskasse, für welche die im § 49b vorgeschriebene Anzeige nicht erstattet wurde, alle Aufwendungen zu erstatten haben, welche eine Zwangskasse in einem vor der Anzeige durch die nicht angezeigte Person veranlaßten Unterstützungsfälle gemacht hatte — abgesehen von der Bestrafung des Beamten, der die Anzeige verjämte, nach § 81. Diese Bestimmungen, welche zu endlosen Belästigungen der freien Kassen und deren Mitglieder geführt hätten, wurden von der Kommission beseitigt, indem nach der von der Kommission beschlossenen Fassung des § 49 Abs. 1 die Mitglieder der freien Kassen, die dem § 75 genügen, von dem Arbeitgeber nicht zur Zwangsversicherung angemeldet zu werden brauchen. In Konsequenz dieses Beschlusses wurde der § 49a gänzlich abgelehnt. Der § 49b wurde zwar auch abgelehnt, jedoch wurde die auch seither für die freien Kassen schon bestehende Meldepflicht durch folgende Fassung des § 76 aufrecht erhalten und erweitert: „Die Aufsichtsbehörde kann anordnen, daß die Krankenkassen des Bezirks, deren Mitgliedschaft von der Verpflichtung, der Gemeinde-Kranken-Versicherung oder einer Orts-Krankenkasse anzugehören, befreit, jeden Austritt eines versicherungspflichtigen Mitgliedes oder dessen Uebertreten in eine niedrigere Mitgliederklasse binnen einer Woche bei der gemeinsamen Meldestelle (§ 49 Abs. 5) oder in Ermangelung einer solchen bei der Aufsichts-Behörde zur Anzeige bringen.“

Stütze wurde die in § 50 vorgesehene Ersatzpflicht gänzlich abgelehnt, was auch, wie wir bereits früher ausgeführt haben, die Gerechtigkeit unbedingt erfordert; denn eine Bestrafung des Unschuldigen neben dem Schuldigen verträgt sich nicht mit derselben.

Ferner hat die Kommission einem Beschluß des Krankentassen-Kongresses bei Berathung des § 8 Rechnung getragen. Dieser Paragraph bestimmt, daß der Betrag des ortsüblichen Tagelohns gewöhnlicher Tagelöhner, wonach die Kassen bekanntlich das Krankengeld zu bemessen haben, von der höheren Verwaltungsbehörde festgesetzt wird. Tritt nun eine Erhöhung dieses Tagelohns plötzlich oder binnen kurzer Frist nach erfolgter Festsetzung ein, so kommen die Kassen, die eine entsprechende Aenderung des Statuts in der kurzen Frist nicht herbeiführen können,he Lage. Um diesem vorzubeugen, hat die Kommission folgenden Zusatz zu Absatz 1 beschlossen:

„Aenderungen der Festsetzung treten erst sechs Monate nach der Veröffentlichung in Kraft.“

Bei Berathung des § 8 wurde auch auf die großen Uebelstände hingewiesen, welche durch die oft willkürliche Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns entständen. Die billigen Löhne dienen nur zu oft in großen ländlichen Distrikten als Grundlage, dadurch aber erhalten die Arbeiter des betreffenden Bezirks nicht nur ein niedrigeres Krankengeld, als ihnen zukommen müßte, sondern auch die Unfallrente wird dadurch äußerst niedrig gehalten für diejenigen Arbeiter, welche den festgesetzten Tagelohn nicht überschreiten.

Es wurde dadurch die „Arbeiterfreundlichkeit“ unserer Agrarier wieder auf's Neue illustriert — die Bülle auf die nothwendigsten Lebensmittel so hoch als möglich, die Arbeitslöhne hingegen so niedrig als möglich! Schlimm muß die Sache in dieser Beziehung schon sein, denn folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

„Der Reichstag wolle die folgende Resolution annehmen: Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, die geeigneten Maßregeln zu ergreifen, daß in sämtlichen Bundesstaaten die Feststellung der ortsüblichen Tagelöhne nach thunlichst gleichen Grundsätzen und den tatsächlichen Tagelohnsätzen gewöhnlicher Tagelöhner entsprechend erfolge.“

Die rigorose Bestimmung in § 26a, wodurch die Mitglieder der Zwangskassen verpflichtet werden konnten, und zwar ohne triftigen Grund, „andere von ihnen eingegangene Versicherungs-Verhältnisse, aus welchen ihnen Ansprüche auf Krankenunterstützung zustehen, bei Verlust ihrer Ansprüche an die Kasse binnen einer Woche nach dem Abschluß der Doppelversicherung dem Kassenvorstande anzuzeigen“, wurde ebenfalls von der Kommission abgelehnt und dafür beschlossen:

„Durch das Kassenstatut kann bestimmt werden: daß die Mitglieder verpflichtet sind, spätestens am dritten Tage nach der Krankmeldung andere von ihnen eingegangene Versicherungs-Verhältnisse, aus welchen ihnen Ansprüche auf Krankenunterstützung zustehen, dem Kassenvorstande anzuzeigen.“

Die Unterlassung der Anzeige soll nach § 26a, Ziffer 2a, mit einer Ordnungsstrafe bis zu 20 Mark belegt werden können.

Seitens der Regierungsvertreter wurde bei dieser Gelegenheit die Erklärung abgegeben, „man würde im Interesse der Krankentassen gegen Ersatz der von der Regierung vorgeschlagenen Bestimmung durch den gestellten Antrag weitere Bedenken nicht geltend machen, man stelle aber zur Erwägung, ob die Aenderung

im Interesse der Versicherten liege, da diese, wenn sie die Meldung bis zum Eintritt einer Krankheit aufschieben, leicht außer Stande sein oder vergessen könnten, dieselbe zu machen.“ Was das Vergessen anbetrifft, so kann demselben sehr leicht dadurch vorgebeugt werden, daß seitens der Kassenverwaltung bei der Krankmeldung die Frage gestellt wird; einer Schädigung der Mitglieder in solchen Fällen, in welchen dieselben tatsächlich nicht im Stande sind innerhalb 3 Tage die Anzeige zu machen, kann aber durch eine statutarische Bestimmung vorgebeugt werden, wonach in solchen Fällen von einer Ordnungsstrafe abgesehen wird.

Die gebührende Abfertigung hat auch die zu § 28 beantragte Extradition des Kontraktbruchs erfahren. Nach dieser Bestimmung sollte der Anspruch auf die gesetzliche Mindestleistung während der Dauer von 3 Wochen nach dem Ausscheiden aus der Kasse wegfallen, wenn die Erwerbslosigkeit durch vertragswidrigen Austritt aus der Beschäftigung verursacht werden soll.

Diese Bestimmung veranlaßte eine erhebliche Debatte. Es wurde unter Anderem ausgeführt, „der Vertragsbruch sei gewiß zu verwerfen, aber dieses könne in einem Versicherungsgesetz nicht zum Ausdruck gebracht werden; hier handle es sich um erworbene Rechte, auch werde der etwaige Zweck, dadurch den Kontraktbruch zu verhüten, nicht erreicht werden. Nur Exbitterung würde man hervorrufen.“ Von anderer Seite wurde ausgeführt, „ohne diese Bestimmung des § 28 könne ein Streit der Krankenkasse zum Verderben werden. Die freien Hilfskassen würden, wenn sie ähnliche Bestimmungen wie in § 28, ohne die beantragten Einschränkungen trafen, dies bald genug erfahren.“ Diese Einwendungen können wir nicht unwidersprochen lassen, sie zeigen deutlich, daß auf der Seite, an der diese Einwendungen gemacht wurden, nicht das nöthige Verständnis für das Wesen der freien Hilfskassen vorhanden ist. Die letzteren räumen tatsächlich ihren Mitgliedern viel weitergehende Ansprüche ein, als sie den Mitgliedern der Zwangskassen in § 28 eingeräumt sind, und zwar ohne die beantragten Einschränkungen, trotzdem ist unseres Wissens noch keine freie Hilfskasse durch einen Streit vom Verderben ereilt worden, wenigstens keine von nennenswerther Bedeutung. Am einfachsten können wir unsere Behauptung durch ein Beispiel beweisen. Ein Arbeiter gehört einer Zwangs- und einer freien Hilfskasse an, er hat in beiden Kassen bis zum 1. Mai die Beiträge bezahlt und wird an diesem Tage erwerbslos, bleibt es auch auf längere Zeit und bezahlt weder an die Zwangs- noch an die Hilfskasse Beiträge. Die Folge wird also sein, daß er nach 3 Wochen keinen Anspruch an die Zwangskasse mehr geltend machen kann, während ihm seine Ansprüche an die Hilfskasse immer noch erhalten bleiben, und zwar so lange, bis der Ausschluß wegen Zahlungsrückstand erfolgt ist, was in der Regel bei 8—13wöchentlichem Rückstand erst geschieht. Es ist in Bezug auf den Ausschluß bei den freien Hilfskassen völlig gleichgültig, wie lange das Mitglied der Kasse angehört, der Ausschluß wegen Beitragsrückstand kann nach Bezahlung auch nur eines Wochenbeitrages nicht früher erfolgen, als wenn der Beitrag bereits Jahre lang entrichtet wurde. Die freie Hilfskasse aber, welche eine statutarische Bestimmung aufnehmen würde, nach welcher Mitglieder wegen vertragswidrigem Austritt aus der Beschäftigung ausgeschlossen werden — vorausgesetzt, daß eine solche Bestimmung zulässig wäre — die freie Hilfskasse würde eher an dieser Bestimmung zu Grunde gehen, wenigstens soweit sie auf Arbeiter berechnet ist, als bei dem Mangel einer solchen Bestimmung an einem Streit, bei welchem

mehr oder weniger ihrer Mitglieder theilhaftig sind.

Eine Verbesserung hat der § 28 der Regierungsvorlage auch noch insofern erfahren, als der dreiwöchentliche Anspruch nach dem Ausscheiden nicht ohne Weiteres wegfallen soll, wenn der Theilhaber sich nicht im Gebiete des Deutschen Reiches aufhält, sondern nur insofern, als nicht durch das Kassenstatut Ausnahmen vorgesehen werden.

(Schluß folgt.)

Auf-fuhr nach Deutschland.

Während die mecklenburgischen Rittergutsbesitzer im Begriff sind — wenn es nicht schon geschehen ist — chinesische Kulis zu engagiren, wollen ihnen die Großindustriellen an „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht nachstehen und beeilen sich, durch Masseneinfuhr nichtdeutscher Arbeiter eine patriotische That zu vollbringen. Der „Saalezeitung“ wird aus Berlin berichtet, daß eine Anzahl Fabrikbesitzer, namentlich der Metallbranche, mit einer Gesellschaft in Mailand einen Kontrakt abgeschlossen habe, daß diese beschäftigungslose italienische Arbeiter nach Deutschland schicken solle; hauptsächlich handelt es sich um Maschinenbauer, Schloffer u. s. w.; die Löhne für dieselben bleiben natürlich noch hinter den bei uns üblichen Hungerlöhnen zurück.

Die „Sächs. Arb.-Ztg.“ bemerkt zu dieser Nachricht: Das Unternehmertum weiß sich gegen die ausländische Konkurrenz zu schützen durch seine Industriezölle, Zuckerpämien u. dgl. und ist stets mit der Phrase von der „nationalen Wohlfahrt“ bei der Hand. Wenn es aber darauf ankommt, den Arbeiter zu kochen, dann sind sofort alle patriotischen Nebenarten wie Seifenblasen verfliegen, dann werden alle Zollgrenzen übersprungen, dann darf durch Einführung polnischen, chinesischen, italienischen Menschenmaterials die „Reinheit der germanischen Rasse“ geförbert werden. Wir haben im Grunde nichts gegen ein Einströmen fremder Kräfte einzutenden; wenn diese aber zur Niederhaltung der deutschen Arbeiter und zur Vernichtung der mühevoll geschaffenen Organisationen dienen sollen, so ist dies ein frevelhaftes Spiel, wie es nur ein moralisch verkommenes, raffiniert-gewinngerieriges, durch langjährige Verästelung seitens der maßgebenden Kreise auf den Gipfel höhnischer Frechheit gestiegenes Unternehmertum treiben kann. Zudem ist dieses Beginnen der Großindustriellen eine That von Menschen, die mit völliger Blindheit geschlagen zu sein scheinen; denn sie schneiden sich damit schließlich ins eigene Fleisch. Wenn viele ausländische Arbeiter, die sich mit Sammerlöhnen begnügen, in unsere Großstädte kommen, so ist die nothwendige Folge davon, daß die Kaufkraft zum Schaden der Industrie noch weiter geschwächt werden wird, als sie es schon jetzt ist. Jene „zufriedenen“ Ausländer werden massenhaft Waaren produziren, aber nur sehr wenige konsumiren; der Verbrauch wird immer mehr abnehmen, wovon den Schaden kein anderer hat als — die Herren Großindustriellen und die „nationale Industrie“. Auch die Arbeiter werden durch solcherlei Konkurrenz schweres Leid haben, es wird, wenn derartige Einführungen in größerem Umfange erfolgen, nicht an Sader und Zwist fehlen, aber das Ende wird sein, daß statt der Vernichtung der nationalen Solidarität der Arbeiter die internationale Solidarität immer mehr sich in die Gemüther aller Derer einpflanzt und befestigt, die ihre Arbeitskraft dem Unternehmer zur Auswucherung überlassen müssen. So müssen selbst die gemeinsten Mänke der Mehrwerthwölfe schließlich zu einem für die Arbeiterschaft und für die Gesamtheit heilsamen Ausgange führen.

VI. ordentliche Generalversammlung der allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (S. 29) zu Frankfurt a. M.

Dieselbe tagte in der Restauration „Germania“ und wurde am 25. Mai, Vormittags 8 Uhr, eröffnet. Anwesend waren 86 Delegierte, welche 85,002 Mitglieder vertraten.

Nach einer herzlich begrüßten Begrüßung seitens eines Mitgliedes des Lokalkomitees erklärte der Vorstand, Herr Deisinger, die Versammlung für eröffnet, worauf die Wahl eines Bureau's erfolgte. Gewählt wurden die Herren Deisinger (Hamburg), Segler (Hamburg) und Schindler (Berlin).

Mit der Wahl von 8 Schriftführern, einer hiesigen, übrigen Mandatsprüfungskommission und einer aus 8 Delegierten bestehenden Geschäftsordnungskommission fand die erste Sitzung ihren Abschluß.

Die Nachmittags-Sitzung begann mit dem Bericht der Mandatsprüfungskommission, an welchen sich eine ausgedehnte Debatte knüpfte, die mit Erhellung einer Klage an die Vorstände der 8. und 27. Wahlabteilung endete. Die Feststellung der Geschäftsordnung und die Wahl einer Beschwerde- und Haushaltskommission beschäftigte außerdem die Delegierten in dieser Sitzung.

Die dritte Sitzung begann am 26. Mai, Vormittags 8 Uhr. In dieser erstattete der Vorstand den auf 3 Jahre sich erstreckenden Verwaltungsbericht. Aus dem über drei Stunden währenden Referat heben wir hervor:

Die Mitgliederzahl der Krankenkasse hat sich seit der letzten ordentlichen Generalversammlung in Nürnberg erheblich gesteigert. Am 1. Oktober 1889 zählte die Kasse 40,603 Mitglieder, am 1. Januar 1891 35,001, wozu 13,107 Mitglieder der Zuschußkasse „Vulkan“ kommen, so daß beide Kassen zusammen 48,000 Mitglieder zu verzeichnen haben.

Durch die Errichtung der Zuschußkasse ist die Arbeitslast sowohl der Zentralverwaltung wie der örtlichen Zahlstellen erheblich gewachsen. Um sich von der Ausdehnung der Geschäfte einer solchen Kasse ein Bild machen zu können, führen wir hier einige Zahlen an:

Während der dreijährigen Verwaltungsperiode wurden angefertigt: 3000 Protokolle über die ordentliche und 5000 Protokolle über eine außerordentliche Generalversammlung; 120,000 Statuten, 45,000 Mitgliedsbücher, 4,800,000 Quittungsmarken, 30,000 Beitrittscheine, 140,000 weiße und 40,000 blaue Krankenscheine, 9500 Abrechnungsformulare, 31,000 Jahresabrechnungen für 1888, 26,000 ditto für 1889 und 25,000 ditto für 1890, 4000 Plakate, 10,000 Quittungen für Verwaltungskosten, 8000 Subskriptionen, 3000 Uebertrittscheine, 3000 Krankengeldberichtigungsablässe, 2000 Markenrechnungen, 2500 Instruktionen, 4000 Abmeldeformulare, 5000 Postkarten betreffs Antrag auf Ausschluß und 5000 zur Rückantwort, 1000 Bestätigungsformulare, 2000 Mitteilungen an Berufsgenossenschaften, 10,000 Mitteilungen des Ausschusses an ausgeschlossene Mitglieder, 2000 Postkarten betreffs Geldsendung, 100 Bücher für die Bevollmächtigten, 50 Sammelbücher, 140 Kassabücher, mehrere Bücher für die Hauptverwaltung und verschiedene kleinere Auflegen an Druckfachen.

Der Verkehr mit der Post war ein sehr ausgedehnter. Vom 1. Mai 1888 bis zum 1. Mai 1891 sind eingegangen 20,664 Briefe, 2516 Postkarten, 341 Pakete, sowie eine Anzahl Kreuzbandsendungen und Depeschen. In derselben Zeit sind ausgegangen 13,941 Briefe, 8603 Postkarten, 14,081 Kreuzbandsendungen, 1101 Pakete, zusammen 37,731 Sendungen.

Gesuche um Gründung von örtlichen Verwaltungen kamen 59 zur Verhandlung, wovon 32 genehmigt und 27 abgelehnt wurden. Drei Filialen wurden durch besonderen Beschluß aufgelöst, desgleichen alle Filialen, deren Mitgliederzahl auf 5 herabgesunken war.

Durch Unachtsamkeit mit den Marken und sonstige Pflichtvergessenheit von Ortsbeamten hat die Kasse einen Schaden von ca. 1800 M. erlitten. In einzelnen Fällen wurde gegen die in Frage kommenden Ortsbeamten das Strafverfahren durchgeführt, desgleichen gegen einzelne Kassamitglieder, welche sich in betrügerischer Weise Krankennunterstützung erschlichen haben.

Durch die im Jahre 1889/90 grassierende Influenza wurde die Kasse hart mitgenommen, so daß solche im vergangenen Jahre den Reservefond nicht anzubringen vermochte. Auch in diesem Jahre sind durch den langandauernden Winter und die Geschäftsllosigkeit die Ausgaben durch die Einnahmen erheblich überschritten worden, weshalb erst das Gleichgewicht wieder hergestellt werden muß, um die Rücklagen für den Reservefond machen zu können. Bei voller Aufrechterhaltung der Leistungen der Kasse dürfte

die Erhebung von 2 oder 3 Extrabeiträgen genügen, um den gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Die Schwierigkeiten mit den Behörden kamen in dieser Verwaltungsperiode nicht so zahlreich vor wie früher, immerhin ist es aber nicht leer abgegangen. In erster Linie war es der Landrat für den Kreis Hanau, Graf Wilhelm Wismarck, welcher dem Kasser einer Stillverwaltung zumutete, daß er zu jeder Zeit zu Hause sein müsse, damit durch die Verbände die im Hilfskassengesetz vorgesehenen Revisionen vorgenommen werden können! Natürlich wurde gegen die gesetzlich nicht zu rechtfertigende Verhängung Beschwerde erhoben, die leider nicht endgültig zum Austrag kam, da die betreffende Ortsverwaltung ohne Vorwissen des Vorstandes ein ihr zugegangenes Strafmandat bezog.

Nicht nur die Privatunternehmer, sondern auch königliche und städtische Behörden weigern sich mitunter, die ihnen gesetzlich auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen.

Der Kuriosität halber sei erwähnt, daß der Vorstand wegen verweigerter Rückzahlung des Mehrbetrages auf Grund des § 5 Abs. 9 des Unfallversicherungsgesetzes gleichzeitig die kgl. Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen, der Vorstände der nordwestlichen Eisen- und Stahlbergwerksgenossenschaft Sektion V Hamburg und die Direktion der städtischen Gaswerke in Wolfenbüttel verklagen mußte!

In der Erwartung, daß die Thätigkeit der Generalversammlung auf's Neue zur Stärkung der Kasse beitragen werde, schloß Herr Deisinger seinen mit vielem Beifall aufgenommenen interessanten Bericht.

Von der Nachmittags-Sitzung des 26. Mai verdient besonders Interesse der Bericht des Hauptkassiers Herrn Butenuth, aus dessen Mitteilungen wir Folgendes herausgreifen:

Die Mitgliederzahl betrug im Jahre 1887 in 416 Filialen 33,388 mit einem Kassenbestand von 206,072 M.; 1888 in 434 Filialen 37,161 mit einem Kassenbestand von 281,424 M.; 1889 32,985 (inzwischen war die Zuschußkasse Vulkan errichtet worden) mit einem Kassenbestand von 357,622 M. 1890: 429 Filialen mit 35,002 Mitgliedern und einem Kassenbestand von 319,739 M.

Die Einnahmen in dieser dreijährigen Verwaltungsperiode beziffern sich auf 2,183,189 Mk., die Ausgaben auf 2,064,122 Mk.

Von den Ausgaben erwähnen wir: Krankengeld 1,725,522 Mk.; Heilanstalten 51,846 M.; ärztliche Behandlung 22,946 M.; Arzneimittel 23,456 M.; Sterbegeld 71,322 M.; Verwaltung der Hauptkasse 69,714 M. 68 S., darunter 51,323 M. sächliche Ausgaben. Verwaltung der Filialen 50,529 M. 85 S., worunter 20,148 M. sächliche Ausgaben.

Krankheitsfälle kamen 54,049 vor, worunter 44,929 arbeitsfähige Kranke indragriffen sind. Unfälle waren 8078 zu verzeichnen.

Geftorben sind 953 Mitglieder, davon 39 in Folge von Unfällen, 4 durch Selbstmord und 555 an Lungen- und Brustkrankheiten. Auch diesem Bericht wurde lebhafter Beifall zu Teil.

Daran reihte sich der Bericht der außerordentlichen Revisions-Kommission, welchen Herr Holz (Dresden) erstattete. Derselbe führte aus, daß die Kommission eine umfassende Revision der Bücher und Belege der Hauptkasse, sowie zahlreihe Stichproben der Filialabrechnungen vorgenommen habe. Mit Vergnügen konstatierte er, daß die Verwaltung der Hauptkasse in besserer Ordnung befunden wurde, und auch die Verwaltung der Filialen, soweit solche aus den Abrechnungen beurteilt werden können, eine sehr befriedigende sei. Bedauerlich rügte die geringe Bezahlung, sowohl der örtlichen Verwaltungen wie der Beamten der Hauptkasse. Während andere Hilfskassen bis zu 10 Prozent für Verwaltungskosten brauchen, betragen diese bei der Metallarbeiterkasse nur 5 1/2 Prozent. Der Berichterstatter findet dieses nicht im Interesse der Kasse und macht darauf aufmerksam, daß der 2. Vorstand, ein tüchtiger Verwaltungsbeamter, seine Funktionen deswegen niederlegte.

Herr Ostermann (Braunschweig) erstattete Namens des Ausschusses Bericht und Herr Schauer im Auftrag der ständigen Revisionskommission. Letzterer bemerkt, daß die Hauptkasse zu verschiedenen Malen unermutet einer Revision unterzogen wurde, aber niemals sich Beanstandungen ergeben haben. Einmal habe sich allerdings ein Manko von 500 M. ergeben, es stellte sich indessen heraus, daß das Geld für den Vulkan anstatt für die Allgemeine Kasse der Metallarbeiter, in Folge ungenügender Bezeichnung der Coupons durch die Ortskassier, gebucht war. Bedauerlich empfindet die Verwaltung des „Vulkan“ von der der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zu trennen. Außerdem erstattete Schauer Bericht über die Thätigkeit des Schiedsgerichtes, bei welchem

76 Fälle anhängig gemacht wurden. Von den Beschwerdeführern wurden 61 abgewiesen, in 15 Fällen die Berufung aber für begründet erachtet und dementsprechend die Beschlüsse des Vorstandes außer Wirksamkeit gesetzt.

Aus der am 27. Mai Vormittags stattgefundenen Sitzung ist besonders hervorzuheben die Debatte über den Antrag des Vorstandes, wonach von einer Abänderung des Statuts abgesehen werden soll, da sich dasselbe bisher bewährt und nach Erledigung der Novelle zum Krankentassengesetz durch den Reichstag ohnedem eine gründliche Aenderung der statutarischen Bestimmungen erfolgen muß.

Die ausgedehnte Diskussion, an welcher sich fast alle Delegierte beteiligten, endete mit der Annahme einer Resolution, welche besagt, daß in Rücksicht auf die dem Reichstag vorliegende Novelle zum Krankentassengesetz von einer Abänderung des Statuts Abstand genommen wird.

Dem Beschluß des Vorstandes, durch Erhebung einiger Extrabeiträge die gesetzlichen Rücklagen für den Reservefond zu ergänzen, wird zugestimmt, dem Vorstand außerdem empfohlen, bei Ueberschreitung der den örtlichen Verwaltungen zur Verfügung stehenden Procente, wenn die Notwendigkeit der Mehrausgabe nachgewiesen wird, liberaler zu verfahren als bisher, desgleichen bei Verabreichung von Heilmitteln.

Der Vorstand hatte beschlossen, daß arbeitsfähigen Kranken, wenn sich deren Zustand derart verschlimmert, daß sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden, die Zeit der Unterstützung, in welcher sie arbeitsfähig waren, angerechnet wird. Dieser Vorstandsbeschuß wurde außer Wirksamkeit gesetzt, womit für die Mitglieder ein wesentlicher Vorteil verbunden ist.

Eine lebhafteste Debatte rief ein Antrag hervor, die Vertreter und Lehrer der Naturheilmethoden zur Untersuchung von neuem-tretenden Mitgliedern zuzulassen. Der Antrag wurde abgelehnt. Es wurde voll und ganz anerkannt, daß sich diese Heilmethode immer mehr ausbreitet und immer besser ausgebildet wird. Andererseits wurde aber konstatiert, daß wenn dieser Antrag angenommen, der Kurpfuscherei Vorhub geleistet würde. Es wurde gläubig behauptet, daß sich Leute mit der Naturheilmethoden befassen, die nicht die geringste Gewähr bieten, daß sie die Funktionen des menschlichen Körpers kennen und solche „Heilkundige“ können die Garantie für eine statutenmäßige Untersuchung nicht bieten.

Nach wie vor ist es den Mitgliedern gestattet, sich durch geprüfte Naturheilärzte in Krankheitsfällen behandeln zu lassen.

Mit dem Bericht der Beschwerdekommision endete die Tagesarbeit. Es ist gewiß ein erfreuliches Zeichen, daß in einer dreijährigen Verwaltungsperiode die Beschwerdekommision nur 3 Beschwerden zu erledigen hatte. Während dieser Periode in früheren Generalversammlungen Kommission und Plenum oft 1-2 Tage beschäftigt, genügten bei dieser Generalversammlung einige Stunden zur Erledigung der eingegangenen Beschwerden.

Zur Bedarfsstunden-Bewegung der Feingoldschläger in Nürnberg.

Es sind jetzt ungefähr zwei Jahre verfloßen, seitdem die Feingoldschläger in eine Lohnbewegung eingetreten sind. Damals forberten die Gehilfen 1) elfstündige Arbeitszeit und 2) eine geringe Lohnerhöhung. Der erste Theil der Forderungen wurde sofort genehmigt, der zweite jedoch mit dem Hinweis auf die gedrückten Preise abgelehnt. Die Folge war, daß ein Generalstreik ausbrach, der den Arbeitern die Summe 10,000 Mark kostete.

Die Einführung einer einheitlichen Lohnzahlung für Nürnberg, was in verschiedenen Werkstätten eine ansehnliche Lohnerhöhung bedeutete, machte dem Streik nach dreiwöchentlicher Dauer ein Ende.

Während dieses Streiks war es den Meistern gelungen, die Preise etwas in die Höhe zu bringen, das heißt, sie haben von dem Streik, der unser Geld aufzehrte, noch profitirt.

Man sollte nun denken, daß seitens der Meister Alles aufgeboten worden wäre, um die Preise auf diesem Niveau zu erhalten, aber weit gefehlt; denn sofort nach dem Streik begann der wilde Konkurrenzkampf zwischen Klein- und Großmeistern und nach einem Jahre hatte man es fertig gebracht, daß die Preise niedriger waren, als vor dem Streik. Woran lag dies nun? Einzige und allein in dem Mißverhältnis der Kleinen zu den großen Meistern, und in der ziellosen Produktionsweise.

Zum besseren Verständnis für die Leser wollen wir in Folgendem eine Schilderung der Lage der Meister geben.

Die Feingoldschläger sind ein Exportgeschäft, 2/3 der ganzen Produktion gehen nach

England, von wo aus dann über alle Welt verschleift wird.

Die Großmeister, das heißt diejenigen, welche direkt nach England liefern, etwa 5 oder 6 an der Zahl, müssen natürlich über bedeutende Kapitalien verfügen, indem das Gold, sowie die Formen, sehr viel Geld kosten und außerdem 2 bis 3 Monate Kredit gegeben werden muß.

Die anderen, die Kleinmeister, stehen mit hiesigen und in Fürth und in Schwabach wohnenden Kaufleuten in Verbindung, die das Gold weiter nach England liefern.

Diese Kaufleute können nun aber doch das Gold nicht theurer verkaufen, als dies der selbst produzierende und direkt liefernde Großmeister thut. Wie findet der Kaufmann nun seine Rechnung?

In erster Linie bezahlt er schlechtere Preise für das Gold an seine Lieferanten, die Kleinmeister. Diese müssen sich dies gefallen lassen, da sie mit wenig oder gar keinem Kapital arbeiten und am Samstag oft schon mit Schmerzen auf das Geld warten, um ihre Leute auszahlen zu können. Ferner müssen die Kleinmeister die Formen vom Kaufmann beziehen, und zwar erhalten sie dieselben auf Ratenzahlung und wird ihnen jede Woche ein bestimmter Betrag abgezogen. Der Kaufmann bezieht ebenso wie der Großmeister seine Formen direkt von den Preisen von 160-180 Mark pro Stück, dem armen Teufel von Kleinmeister wird aber für eine solche Form 210 bis 220 Mark abgezogen. Nimmt nun der Kleinmeister alle Monate bloß eine Form, so sind dies pro Jahr 12 Formen. 40 Mark bezahlt er im Durchschnitt pro Form mehr, macht nach Adam Riese pro Jahr 12 x 40 = 480 Mark.

Also nicht genug, daß der Kaufmann weniger für das fertige Gold bezahlt, steckt er auch noch den enormen Profit von den Formen in die Tasche.

Die Abhängigkeit des Kleinmeisters vom Kaufmann wird dadurch eine immer größere, er muß immer billiger liefern und der Kaufmann macht dadurch wieder dem Großmeister Konkurrenz, und der sucht sich dann, wenn er billiger liefern muß, durch Bohrcubktion schablos zu halten, was man ihm, im Grund genommen, gar nicht so sehr verübeln kann.

Statt daß nun die Kleinmeister erklären: „wir können nicht mehr“, wird weiter geschanzelt, bis vielleicht der Gerichtsprozeß kommt und ihn, den Kleinmeister, auf allerdings unerwünschte Art vom Joche des Kapitals befreit.

Wir haben nun gesehen, wie der Kaufmann seine Rechnung findet, wollen wir uns jetzt einmal informieren, wie dieses Kunststück der Kleinmeister zu Stande bringt.

Im Gegensatz zu dem Großmeister arbeitet bei ihm Alles gegen festen Wochenlohn. Zunächst richtet er sein Augenmerk darauf, die Arbeitszeit schier ins Unendliche zu verlängern. Eine Arbeitszeit von 13, 14, ja sogar 15 Stunden ist nichts Seltenes, trotzdem die 11stündige Arbeitszeit festgesetzt ist. Es heißt eben einfach: „Bei mir dauert's etwas länger“. Bezahlt wird für dieses „etwas länger“ wenig oder gar nichts. Außerdem werden die Leute gehäufig angetrieben, der Meister selbst arbeitet, häufig mit seiner Frau, von früh bis spät mit, Lehrlinge werden zu den sogenannten Nebenarbeiten angeleitet, und wo dies nicht der Fall ist, sieht ein halb-erwachsenes Mädchen und erhält für diese ebenso einseitige, als anstrengende Arbeit pro Woche 2-4 Mk. Durch diese Produktionsweise kommt ihm dann ein Buch Gold, für das der Großmeister, bei dem Alles in Akkord arbeitet, 60 Pfg. Schlaglohn bezahlt, auf ungefähr 45-50 Pfg. zu stehen. Den Profit hat aber nicht der Kleinmeister, sondern der Kaufmann, der dadurch dem Großmeister gegenüber konkurrenzfähig wird und immer mehr liefern kann, weil der Kleinmeister nach jeder Preisreduktion seine Kräfte auf's Neueste anspannt, um durch entsprechende Mehrleistung, verbunden mit Arbeitszeitverlängerung und Lohnreduktion, doch den gleichen Verdienst zu erzielen.

Statt daß man die Produktion verringern würde, um die Nachfrage zu steigern, wodurch unbedingt bessere Preise erzielt werden könnten, statt dessen arbeitet man noch mehr und noch billiger, oder noch besser gesagt, man führt das Geschäft mit Gewalt und in Riesenschritten dem Ruin entgegen. Aus all dem Gesagten geht hervor, daß die Lage der Kleinmeister eine geradezu erbärmliche ist. Wenn nun wenigstens diejenigen, die am bedrängtesten sind, ihre Lage eingestehen würden und die Hufe zuschließen, um wieder als Gehilfen zu arbeiten, so wäre die Sache nicht so schlimm. Aber einestheils die optimistische Hoffnung, es könne wieder besser werden, andertheils falsches Schamgefühl ist es, das den Kleinmeister hindert, wieder in den Arbeiterstand zurückzutreten.

Es gibt eben solche Leute, die sich etwas darauf einbilden, wenn vor dem Hause steht: „Blattgoldfabrikation von So und So“, wenn sie vielleicht auch heute nicht wissen, wo sie morgen das Geld zum Leben hernehmen, „Blattgoldfabrikanten“ sind sie doch. Mit einem Wort gesagt, die Lage eines großen

Thells — Ausnahmen gibt es natürlich auch hier — der Kleinmeister ist nur glänzendes Glied.

Angesichts der immer schlechter werdenden Zustände haben nun die Gehilfen beschloffen, selbst die Initiative zu ergreifen. Sie stellen die Forderung, die zehnstündige Arbeitszeit in allen Werkstätten einzuführen und einzuhalten.

Die Meister hielten hierauf eine Versammlung ab, in der eine Kommission der Gehilfen Zutritt hatte.

Herr Stücken begründete die Forderung und ließ die Großmeister mit Freuden darauf eingegangen. Auch die Kleinmeister mußten in dem sauren Apfel beißen und wurde schließlich die Bedingung gestellt, daß in Dresden, Angeburg und Schwabach die gleiche Arbeitszeit ab 1. Juni eingeführt werden muß.

In der Zeit seit dieser Versammlung scheint jedoch eine Anzahl Kleinmeister sich eines Andern besonnen zu haben, denn die einen müßten entsprechende Abzüge machen, die andern die 11 stündige Arbeitszeit einhalten.

Betreffs der Abzüge wird sich ja für eine bestimmte Uebergangszeit ein Uebereinkommen treffen lassen; betreffs der Arbeitszeit soll und darf es aber keine Ausnahme geben. Allerdings ist der Spinn von 14 Stunden auf 10 ein ziemlich großer; aber es muß in Betracht gezogen werden, daß in allen großen und auch in verschiedenen kleinen Werkstätten die 11 stündige Arbeitszeit bereits früher strikte eingehalten wurde und dort, wo so unmeniglich lange Arbeitszeit herrschte, bloß 11 stündige bezahlt wurde. Es kann doch nicht bestimmt werden, in großen Werkstätten darf höchstens 10, in kleinen aber 15 bis 18 Stunden gearbeitet werden.

Verschiedene jener Herren Meister sind nun gleich fertig; sie erklären ganz einfach: Stille, der ja als Vertrauensmann der Schläger naturgemäß an der Spitze stehen muß, will die Kleinmeister alle zu Grunde richten.

Daß das eine ganz leichte Aufgabe ist, wird jedem verständigen Menschen einleuchten.

Die Kleinmeister sollen nicht zu Grunde gerichtet werden, sondern sie sollen, wie die anderen auch, ihre Arbeitszeit einhalten. Durch die 10stündige Arbeitszeit wollen die Gehilfen das Geschäft wieder in die Höhe bringen, indem dadurch unbedingt weniger produziert wird. Das von uns verarbeitete Gold wird ja gebraucht und in Folge dessen muß doch mehr dafür bezahlt werden. Deshalb sollen von dieser Stelle aus die Meister nochmals veranlaßt werden, über die Sache ruhig nachzudenken. So viel steht fest, die Gehilfen werden nicht auf halbem Wege stehen bleiben, sondern mit aller Kraft vorwärts streben. Im Interesse der Meister liegt es, mit uns in diesem Falle Hand in Hand zu gehen.

Dann kann es auch nicht fehlen, daß wir das Ziel erreichen, dem wir vorläufig zustreben, und das ist: die Feingoldschlägerei wieder zu dem zu machen, was sie früher war, eine lohnende Erwerbsquelle für Meister wie Gehilfen.

Metallarbeiter-Kongress.

Frankfurt a. M., 1. Juni 1891.

Heute Vormittags 9 Uhr wurde der 3. allgemeine deutsche Metallarbeiter-Kongress nach einer herzlichen Begrüßung seitens des Genossen Schlichter-Frankfurt vom Vertrauensmann Segitz eröffnet.

Der „Meriansaal“, in dem der Kongress tagt, ist festlich geschmückt, an der Galerie ist oberhalb des Bureaus die Inschrift angebracht: „Metallarbeiter aller Branchen vereinigt Euch!“

Zum provisorischen Vorsitzenden wurde Segitz, zum provisorischen Schriftführer Panzner-Hamburg gewählt.

Nach Wahl einer Mandatsprüfungs- und einer Geschäftsordnungskommission wurde der Kongress auf Nachmittags 2 Uhr vertagt. Bei Eröffnung der Nachmittags-Sitzung erstattet Mittags den Bericht der Mandatsprüfungs-Kommission. Es sind 119 Orte durch 118 Delegirte und 181 gültige Mandate vertreten. Auf 3 Mandate fehlt die Ortsangabe. Diese Mandate werden nach erfolgter Aufklärung für gültig erklärt; ebenso werden Maiberger-Münzberg u. Diemel-München als Delegirte zugelassen, obwohl sie kein Mandat besitzen. Es wurde Aufklärung dahin gegeben, daß dieselben als Delegirte rechtmäßig gewählt sind.

Junge-Hamburg theilt mit, daß ihm die Abschrift einer Beschwerde gegen die Wahl Krönerts-Altona eingehändigt wurde; er rügte den Kongress, die Beschwerde zu prüfen und dem Delegirten Krönert bis zur Gültigkeitserklärung das Stimmrecht zu entziehen. Der Kongress lehnt diesen Antrag ab, die Angelegenheit soll erst geprüft werden, wenn das Original der Beschwerde eintrifft. Ein Schmalbaldener Delegirter ist ohne Mandat erschienen. Es wird beantragt, denselben als Gast zuzulassen. Der Vorsitzende verliest zunächst ein Be-

arlungsschreiben der österreichischen Gürtler und Gelbgießer, ebenso Telegramme aus München, Mülhausen i. Elsaß, Leipzig, Köln, Jena, Augsburg, Götting, Baden-Baden, Wiesbaden, Hamburg.

Darauf erfolgte die Wahl des definitiven Bureaus. Als Vorsitzende werden ernannt: Segitz, Krämer, Panzner; als Schriftführer Stücken, Kleinmann, Mittag, Steinkuhl, König, Hemme, Gebauer und Stiebler; als Führer der Rednerliste: Götting und Blath.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission, erstattet von Schmeer. Außer den gewöhnlichen Geschäftsordnungs-Anträgen stellte die Kommission auch den Antrag, bei der Organisationsfrage nicht nach Köpfen, sondern nach Mandaten abzustimmen; ferner, daß der Kongress für sich eine achtstündige Arbeitszeit festsetze. Die Anträge der Kommission werden angenommen.

Es wird dann noch beschlossen, als Punkt 2 die Organisationsfrage auf die Tagesordnung zu setzen und nach der Generaldiskussion hierüber die Branchen-Kongresse tagen zu lassen, in einem allgemeinen Kongress die Abstimmung stattfinden soll.

(Fortsetzung folgt.)

Korrespondenzen.

Formet.

Halle a. S. Der Streit der Formet bei Pappand u. Ugnade dauert unverändert fort. Zugang ist fernzuzulassen.

* Wir erhalten folgendes originelle Schreiben, dem wir die Aufnahme, obwohl wir eine Verpflichtung dazu nicht haben, nicht verjagen wollen: „Golzer n. S., den 25. Mai 1891. Expedition der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“, Kürnberg. Es liegt uns Ihre Zeitung vom 23. cr. mit einem Artikel, unsere Gießerei betreffend, vor, und ersuchen wir Sie hierdurch, auch die unjeren Arbeitern heute darauf erteilte, endstehende Antwort in Ihre Zeitung aufzunehmen. Achtungsvoll Maschinenbauanstalt Golzer (vormals Gottschald u. Köppl). Rud. Kron. — Der Endesunterzeichnete bringt im Nachstehenden zur Kenntniß sämtlicher Arbeiter, in welcher Weise ihm sein unablässiges Bemühen, den Arbeitern ihre Stellung zu erreichen und zu verbessern, verbaut wird und stellt es Jedem anheim, sich selbst ein Urtheil darüber zu bilden. Gleichzeitig fordert er sämtliche Arbeiter, welche mit dieser Stellung unzufrieden sind, sofort um ihre Entlassung ordnungsgemäß einzulommen. gez. Rud. Kron, Direktor.“

Halle a. S. In Folge eines Vorlesungsbuches legen wir uns veranlaßt, noch einiges über den Streit zu berichten. Der Formet Peter Böhring aus Frankenthal hat Dienstag, den 26. Mai, ebenfalls in genannter Gießerei Arbeit angenommen. Derselbe war Mitglied des Fachvereins zu Offenbach und hat auch hier am Orte seine genügende Unterstützung erhalten. Durch Verstellung (angeblich war er taubstum) gelang es ihm, noch eine Exträ-Unterstützung zu erhalten. Seitens der hiesigen Kollegen wurde Böhring, wie alle anderen durchreisenden Kollegen, gründlich von dem Streit unterrichtet. Auch erklärte derselbe, alsdann abreißen zu wollen. Eine nähere Untersuchung ergab auch, daß dieser Streikbrecher nur taub, aber nicht vollständig stumm war, denn er konnte auch leidlich sprechen. Sedenfalls hat dieser Mensch auch anderwärts die Kollegen schon in Anspruch genommen, und wir wollen denselben hierdurch den Kollegen Deutschlands bekannt machen, damit sie sich, wenn er wieder Unterstützung andwärts beanspruchen sollte, darnach richten können, denn seines Lebens wird hier auch nicht lange sein. Auch bringen wir den Kollegen den Streikbrecher wieder in Erinnerung, welcher schon wieder von hier abgereist ist. Derselbe heißt Hermann Reinke (Gewerkvereiner) aus Landsberg an der Warthe. Ein anderer Streikbrecher, welcher auch wieder verschwinden ist, heißt Paul Raumann aus Werdau in Sachsen. Diejenigen Streikbrecher, welche jetzt noch arbeiten, heißen: Helmuth Bunge aus Großglogau in Schlesien, Wilhelm Krumpolz aus Meuselitz an der Oder, Otto Hoffmann aus Bunzlau in Schlesien (Gewerkvereiner), dann Otto Keller aus Dietlau bei Halle, Albin Geisju. Letzterer ist ein sogenannter Saison-eisler.

Mühlheim (Ruhr). Am 23. Mai hielten die hiesigen Formet eine öffentliche Versammlung ab mit der Tagesordnung: Stellungnahme zu dem am 1. Juni stattfindenden Metallarbeiter-Kongress, Wahl eines Delegirten und Verschiedenes. Zum ersten Punkte sprachen sich mehrere Kollegen dahin aus, man müßte ja immer vorwärts arbeiten, allein in Betreff der Organisation erollte man die allgemeine Metallarbeiter-Union für die hiesige Provinz als verflucht, da man

einen hiesigen Arbeiter eher zu einer Branchen-Organisation heranziehen könnte als zu einer allgemeinen Metallarbeiter-Organisation. Folgende vom Kollegen Augustin eingebrachte Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige öffentliche Versammlung erklärt sich dahin, für Branchentralisation auf dem Kongress zu stimmen. Kollege Grenz wurde einstimmig als Vertreter gewählt.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Der Fachverein der Gelbgießer und Gürtler hielt am 20. Mai seine Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem ein kurzer Bericht über die letzte Versammlung der Gewerkschaftsdelegirten erstattet war, wurde in dem 2. Punkt: „Die öffentliche Versammlung aller in Gelbgießereien und Gürtlereien beschäftigten Arbeiter und das „Hamburger Fremdenblatt“ eingetreten. Es wurde hierüber von diesem Blatte über die betreffende Versammlung gebrachte Bericht vorgelesen und auf eine Stelle aufmerksam gemacht, wodurch der Sinn des Vortrags über die Broschüre: „Ein Komplott gegen die deutsche Arbeiterklasse“ gänzlich verkehrt wird, da dieses Blatt schreibt, daß nach dem Vertrage der Verband der Berliner Metall-Industriellen von den Arbeitgebern bekämpft worden sei, was, wenn es gesagt worden wäre, der größte Blödsinn sei, da ja doch die Arbeitgeber diesen Verband bilden, folglich denselben auch nicht bekämpfen können. Es wurde beschlossen, obgleich bemerkt wurde, der Presse die größte Freiheit zu gewähren, denn es kann uns nur zum Vortheil sein, wenn die Ansichten der Arbeiter einem recht großen Leserkreis vor Augen geführt werden, dem Berichterstatter genannten Blattes in Zukunft den Zutritt zu den bekannt gemachten Vereinsversammlungen zu untersagen, da man nicht dulden kann, daß durch wahrheitswidrige Berichte falsche Auffassungen in die Welt gesetzt werden. Hierauf wurde bekannt gemacht, daß das Sommervergütigen des Vereins am Sonntag, 14. Juni, in Rockstedt (früher Ebers Salon) stattfindet und haben sich die Teilnehmer um 2 Uhr beim Grenzhaus Hotel einfinden. Auch wurde beschlossen, einen etwaigen Ueberschuß der Unterstützungs-Kasse des Vereins zu überweisen. Nachdem noch Anträge zur nächsten Versammlung gestellt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Alpenner.

Frankfurt a. M. Die Spengler und Installateure hielten am 24. Mai eine öffentliche Versammlung ab. Zu derselben hatte Kollege Heinemann das Referat über die Mainzer Bezirkskonferenz übernommen. Der Referent erledigte sich seiner Aufgabe aufs Beste. Auch entspann sich am Schluß des Referats eine Diskussion darüber, wie wir uns am Besten organisieren. Genosse Krämer will vor Allem auch die alten Leute berücksichtigt wissen, was auch allgemein anerkannt wird. Folgende Resolutionen wurden zur Abstimmung gebracht und angenommen: „Die heutige Versammlung der Spengler und Installateure ist voll und ganz einverstanden mit den Ausführungen ihres Delegirten auf dem Mainzer Bezirkskongress und wünscht, daß jede Branchensektion der zukünftigen Union eine direkte Zahlstelle der Union bildet.“ Die zweite Resolution lautet: „Die heutige öffentliche in der Central-Bierhalle tagende Versammlung der Spengler und Installateure kann in der von der General-Kommission vorgeschlagenen Organisationsform nicht diejenige Form erkennen, welche geeignet wäre, dem Unternehmertum wirksam entgegenzutreten zu können, da dieselbe statt einer Vereinigung eine Zerstückelung der Kräfte darstellt. Die Versammlung erwartet von den deutschen Metallarbeitern, daß sie auf ihrem Kongress im Gegensatz hierzu eine Organisationsform beschließen, die sich mit der im Statutenentwurf der Vertrauensleute vorgeschlagenen deckt.“ Beim 2. Punkt der Tagesordnung wurde zur Wahl eines Delegirten zum allgemeinen Metallarbeiter-Kongress geschritten. Zu demselben wurde Kollege Heinemann gewählt. Im Verhinderungsfalle tritt Kollege Mod für denselben ein. Zum Spezial-Kongress der Spengler wurden die Herren Mod und Schommer gewählt.

Söppingen, 27. Mai. Der Streit in der Metallwaaren-Fabrik von Schauffler u. Saffl bauert unverändert fort. Auf unsere Bitte fand sich heute ein höherer Beamter aus Stuttgart hier ein, um den Streit womöglich beizulegen, jedoch sind die Bemühungen dieses Herrn bis jetzt noch von wenig Erfolg begleitet gewesen. Wir wissen es jetzt ganz genau, daß das hiesige Fabrikantentum unsere Organisationen spengen will. Was fragen jene Herren auch danach, ob den Arbeitern ein geistlich gewährleitetes Recht illusorisch gemacht wird! Der Arbeiter soll eben nur gehorchen und nicht auch verlangen. Mit anerkennenswerther Offenheit haben die Herren Schauffler u. Saffl erklärt, daß die Fachvereine ruiniert werden müssen, die älteren Arbeiter aber sollen aus dem

Geschäft entfernt werden, damit man die Löhne reduzieren kann. Das ist ein klares Programm und wäre geeignet, jeden klarschauenden Arbeiter zur Bestimmung zu bringen. Wir werden ein anderes Mal ausführlicher auf unsere Angelegenheit zurückkommen. Wir bitten alle auswärtigen Kollegen, uns zu unterstützen und den Bezug von Hefen, Metallbüchern, Gürtlern und Schleifern streng fernzuzulassen. Alle Briefe an Ernst Hebele, Wallstraße.

Metall-Arbeiter.

Altenburg. Wegen immer noch fortbauender Maßregelungen in der Nähmaschinen-Fabrik von Dieblich wird dringend erlucht, den Zugang zu meiden.

Baden-Baden. Der Metallarbeiter-Fachverein hielt am 26. Mai im Lokale zum Merkur eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Wahl eines Felegirten zum Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt a. M. Der Vorsitzende erteilte dem Kollegen die Worte, welcher zur Tagesordnung referierte und den Zweck des Kongresses darlegte. Inzwischen ließ eine Resolution ein, welche lautete: „Die heute im Gasthaus zum Merkur tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erkennt, daß die zur Zeit bestehende Metallarbeiter-Organisation gegenüber den Unternehmer-Verbänden nicht mehr modern ist und erwartet, daß der allgemeine Metallarbeiter-Kongress zu Frankfurt a. M. eine allgemeine Metallarbeiter-Union in's Leben ruft. Der hier gewählte Delegirte hat nur für letztere zu stimmen.“ Hierauf wurde die Debatte eröffnet, bei welcher sich aber Niemand zum Wort meldete. Es konnte also gleich zur Wahl geschritten werden. Nachdem einige Vorschläge gemacht wurden, ergab sich, daß Kollege Süßke mit allen gegen 1 Stimme aus derselben herborging. Süßke drückte dem Verein für das ihm geschenkte Vertrauen seinen Dank aus und nahm die Wahl an.

Berlin. Die Zustände in den Löwe'schen Fabriken lautete die Tagesordnung einer öffentlichen Versammlung sämtlicher in den bezeichneten Fabriken beschäftigten Arbeiter. Die Versammlung war eine imposante, der geräumige Saal der Ahrens'schen Brauerei war dicht gefüllt, so daß die Zahl der Versammlungsbesucher gut auf 1200 Personen bemessen werden konnte. Nachdem Genosse Jost mit der Leitung der Verhandlungen betraut war, richtete er an die Kollegen die Aufforderung, aus ihrer Mitte heraus zur Tagesordnung zu sprechen und die zahllos vorhandenen Mißstände ohne Scheu der Öffentlichkeit zu übergeben. Zunächst ergriff Kollege Müll das Wort und führte aus: Vor den Feiertagen habe der Meister Bindner bei 40 Mann einen größeren Abzug versucht, da es ihnen aber nicht mehr möglich gewesen sei, bei den ohnehin schon enorm niedrig bemessenen Preisen auch noch einen weiteren Abzug tragen zu können, so haben sie sich ganz entschieden dagegen gewehrt und es schließlich durchgesetzt, daß man ihnen zugestanden habe, man würde ihnen keine Abzüge machen, wenn sie nur zu den alten Preisen weiter arbeiten. Hinterher sei ihnen dann aber der Meister Bindner mit dem Versuch eines indirekten Abzuges gekommen, der noch weit bedeutender war als der erstere, so daß sie durch diesen täglich ungefähr 2 1/2 Stunden vollständig umsonst hätten arbeiten müssen. Dem Anfinnen widerlegten sie sich natürlich und die Folge davon wäre gewesen, daß der Meister Bindner jedwede Unterhandlungen ablehnte und sie einfach für entlassen erklärte. (Bestimmung.) Einige andere Kollegen bestätigten und ergänzten diese Ausführungen und brachten weitere Beispiele der unausgesetzten Bedrückungen vor. So sind ihnen für eine vorher auf das Neueste mit 6,40 bemessene Arbeit auf einen Einzelartikel jetzt mit einem Male 6,40 geboten worden. Eine Arbeit, die im vorigen Jahre mit 30 S bezahlt wurde, sei mit der Motivierung, daß es in Spandau auch nicht mehr gebe, auf 17 1/2 S herabgedrückt worden und jetzt solle die Arbeit gar für 16 1/2 S gemacht werden, also fast für die Hälfte weniger, als vor einem Jahre. Das seien Preise, bei denen ihnen die Möglichkeit entzogen sei, sich auch nur den nothdürftigsten Lebensunterhalt zu verdienen. Genosse Unger wirft den Löwe'schen Arbeitern vor, daß sie sich wenig solidarisch mit der gesamten Arbeiterschaft gezeigt hätten; so lange sie arbeiteten, fürchteten sie sich, irgendwie sich an den öffentlichen Vorgängen zu beteiligen oder auch nur gegen die Bedrückungen Front zu machen. Beweis hierfür sei, daß nur sehr wenige Kollegen aus den Löwe'schen Fabriken sich einer Organisation angeschlossen hätten. Genosse Fritz Günther: Die Vorgänge in den Löwe'schen Fabriken seien recht bezeichnend für das Vorgehen des Unternehmertums. Zuerst suche man den Arbeitern Abzüge zu machen und als dieses nicht mehr gelingen will, versuche man dem Arbeiter das Risiko anzubuhlen. Für als gut befundene und abgenommene Arbeiten suche man den Arbeiter hinterdrein verantwortlich

zu machen und nötige ihn ferner auch noch, sich seine eigenen theoretischen Werkzeuge zu halten. Dies ist nicht bloß so in den Löwen'schen Fabriken, sondern anderwärts genau ebenso; Rechner verweist hierbei auf die unheilvollen Wirkungen des Fabrikanten-zwanges, welcher Maßregelungen, Noth und Elend in die Reihen der Arbeiter hineintragen. Aber noch sei der Höhepunkt des Elends nicht erreicht, es dürfte schließlich noch weit schlimmer kommen, was seitens des Unternehmertums gewünscht werde, indem man die Verzweiflung der Arbeiter auf die Spitze treiben wolle, um sie dann ihre Macht fühlen zu lassen. Um aber selbst den Mühsal entgegenzutreten zu können und um sich dagegen schützen zu können, hätten sich die sämtlichen Metallarbeiter zu einem Verband zusammengeschlossen und er lege den Kollegen aus den Löwen'schen Fabriken dringend ans Herz, sich in ihrem eigenen Interesse demselben ebenfalls anzuschließen. (Stürmischer Beifall). Kollege Zeigler theilt mit, daß zu den ursprünglich 40 Kollegen noch einige hinzugekommen seien, so daß die Zahl derjenigen, welche die Arbeit niedergelegt hätten, auf 60 Personen bemessen werden könne. Er veröffentlicht weiter die Namen einiger Streikbrecher, es sind dies die „Kollegen“ Wendt, Postdörferstraße wohnhaft, Müller, Charlottenburg, Straße 2, und Daun, Besselfstraße, welche letzterer vorher sie immer angespornt hätte, sich nicht die Abzüge gefallen zu lassen und als sie dann alle die Arbeit niederlegten, hätte er sich als der Einzige gedrückt, um den Herrn Ober-Büchsenmacher erst um Rath zu fragen. (Unruhe und Entrüstung). Es sprach in der ferneren Diskussion noch eine ganze Reihe von Rednern, welche teilweise verschiedene weitere Mißstände zur Sprache brachten, andererseits blieben den Löwen'schen Arbeitern auch nicht eine Anzahl von Leiden nur zu berechtigten Vorwürfen erspart. Es wurde ihnen ihr Indifferentismus in erster Linie vorgeworfen und auch ihr mangelhaftes Solidaritätsgefühl. Agitationen unter ihnen seien, wie Kollege Hoppe ausführte, fast unmöglich, da sie jeden Aufklärungsversuch meistens mit Hohnlachen zurückwiesen. Ein anderer Redner meinte, man höre so oft, daß die Löhne in den Löwen'schen Fabriken so niedrig seien, daß die Arbeiter nicht im Stande wären, Besammlungen zu besuchen und den Fachvereinen beizutreten, trotzdem seien sie aber im Stande, für ihre Meister Sammlungen zu Geschenken zu veranstalten. Nachdem Genosse Gähner und der Vorsitzende die Kollegen nochmals aufgefordert hatten, das bisher Versäumte nachzuholen, sich jetzt endlich aufzuraffen und sich den Verband der Metallarbeiter anzuschließen, erlaugte die Versammlung, welche hoffentlich einen guten agitatorischen Erfolg haben wird, ihr Ende.

Uelze, 30. Mai. In der Nr. 20 d. Bl. vom 16. Mai befindet sich eine Korrespondenz von hier, welche sich mit meiner Person beschäftigt, und welche geeignet ist, mich in den Augen der Genossen herabzumüthigen und verächtlich zu machen. Nun, glücklicher Weise ist das letzte Wort in der betreffenden Angelegenheit noch nicht gesprochen. Dem Korrespondenten S. werde ich vielmehr noch Gelegenheit geben, für die angeführten Behauptungen auch die nöthigen Beweise zu erbringen. Vorläufig habe ich die Angelegenheit unserem Vertrauensmann W. Segel übergeben. Indem ich mir die Darlegung des ganzen Sachverhalts in dieser Zeitung noch vorbehalten, genüge für heute Folgendes: Vor Eröffnung der Mitglieder-Versammlung vom 18. April stellte ich bei dem Vorsitzenden S. von Antrag, mir in Anbetracht meiner augenblicklichen Nothlage und unter Hinweis auf § 2 unseres Statuts, eine Unterstützung in der Weise zu Theil werden zu lassen, daß mir ein Darlehen von 25 M auf die Dauer von 4 Wochen bewilligt würde. In dem Glauben, daß der Vorsitzende den Antrag bis zuletzt aufheben würde, wartete ich geduldig, doch vergebens. Die Versammlung wurde geschlossen, ohne daß mein Antrag zur Sprache kam. Zur Rede gestellt, sagte der Vorsitzende dann, er hätte es „vergesen“. Nun sagt die Korrespondenz in der Nummer 20 d. Bl. aber, das Unterstützungsgesuch sei verweigert. Ich frage nun: Von wem wurde es verweigert, da es der Versammlung gar nicht unterbreitet wurde? Hierauf, sagt der betreffende Korrespondent, hätte ich erklären lassen, ich wolle nun aus Rache den Verein schädigen, und mich den Pfaffen in die Arme werfen. Eigentlich ist diese Behauptung zu dum, um darauf zu antworten. Andererseits aber auch wieder so infam, daß man gezwungen ist, Gegenmaßregeln zu ergreifen. Wenn Herr S. noch einigermaßen Anspruch auf den Titel Ehrenmann macht, dann heraus mit der Sprache. Durch wen habe ich das oben Erwähnte erklären lassen? Ich erkläre hiermit die auf mich bezügliche Korrespondenz als der Wahrheit nicht entsprechend. Wäge man mir mit Beweisen kommen und nicht nur mit aus der Luft

gegriffenen Behauptungen. Mit genossenschaftlichem Gruß E. Schraber.

Eilenburg, 26. Mai fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: 1) Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. 2) Erledigung der Delegirten-Frage. 3) Verschlebens. Zum ersten Punkt nahm Kollege Plath aus Leipzig das Wort. Unter großer Aufmerksamkeit erlebte der Referent seinen Vortrag. Zum zweiten Punkt betonte Plath verschiedene Abänderungen resp. Zusätze zum Statutenentwurf der Metallarbeiter-Union, welche er wünschte, und womit auch die Versammlung einverstanden war, wie z. B. daß auch unsere weiblichen Hilfsarbeiter zugelassen werden möchten. Außerdem war man in der Diskussion der Ansicht, den Kollegen, welcher in der letzten Versammlung als Delegirter zum Kongreß gewählt wurde, nicht zu entsenden, da es sich herausstellte, daß die Geldmittel hierzu in Eilenburg nicht aufgebracht werden können. Ein Antrag, das Mandat dem Kollegen Franz Plath aus Leipzig für Eilenburg mit zu übertragen, fand einstimmige Annahme. Das Geld, welches zu diesem Zwecke gesammelt wird, soll nach Leipzig überwiesen werden. Ferner ging eine Frage ein, ob der Arbeitgeber seine Leute zwingen könne, Sonntags zu arbeiten, doch wurden aus der Versammlung die verschiedensten Ansichten hierüber geäußert. Kollege Plath ermahnte noch, die persönlichen Reibereien in den Versammlungen fallen zu lassen und nach Einigkeit zu streben.

Güstrow, 24. Mai fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Als Referent war der Vertrauensmann der mecklenburgischen Metallarbeiter, Hr. Tappert aus Schwerin erschienen. Tagesordnung war: Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter und ihr Nutzen; Wahl eines Delegirten zum Metallarbeiter-Kongreß. Genosse Tappert führte zum 1. Punkt aus, wie die Gewerkschaften während der Dauer des Sozialistengesetzes zu leiden hätten, er ging dann zu den englischen Arbeitern über und beleuchtete, wie sie um das Koalitionsrecht gekämpft hätten, ebenso hat es den französischen Arbeitern ergangen. Dann kam der Referent auf Deutschland zu sprechen, er schilderte, wie sich die Unternehmer in Preußen und Bingen zusammenschließen, wobei ihnen die höchsten Behörden hilfreiche Hand leisteten, um die Koalitionen der Arbeiter zu vernichten. Er forderte die Anwesenden auf, sich immer fester zusammen zu schließen, um dem schamlosen Anstehen der profitwüthigen Unternehmer entgegenzutreten zu können. Reicher Beifall wurde dem Referenten zu Theil. In der Diskussion beteiligten sich noch mehrere Redner, die in demselben Sinne sprachen. Zum 2. Punkt wurde vom Vorsitzenden mitgetheilt, daß die mecklenburgischen Metallarbeiter nur einen Delegirten zum Kongreß entsenden würden und wären folgende Kandidaten vorgeschlagen: von Güstrow Seb. von Schwerin Becker und von Wismar Tappert; nur unter diesen drei sei zu wählen. Es fielen auf Tappert 21, auf Seb 9 Stimmen. Mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Freidelsberg, 30. Mai. Mitglieder-Versammlung des Fachvereins der Metallarbeiter. Nach Erledigung der Aufnahme neuer Mitglieder wurde zu Punkt 2, Delegirtenwahl, geschritten. In der letzten außerordentlichen Versammlung war beschlossen worden, uns an Mannheim zu wenden und das Mandat Genosse W. Häusler zu übergeben, da unsere Klasse zu schwach sei, einen Delegirten zu schicken. Nachdem der Vorstand betonte, daß W. Häusler das Mandat annehmen würde, wurde in der Versammlung einstimmig beschlossen, ihm dasselbe zu übertragen. Da Kollege Appenzell von hier abreist, mußte zur Wahl eines 1. Vorsitzenden geschritten werden. Es wurde Kollege Adolf Wiedemann gewählt. Alle schriftlichen Sachen sind an Adolf Wiedemann, Kömmerstr. 27, zu senden.

Muggenhopf. Die am 23. Mai stattgefundene Metallarbeiter-Versammlung erfreute sich eines starken Besuchs. Für den verhinderten Referenten Segel war Genosse Stöckel erschienen. Derselbe beleuchtete in einständiger Rede die gegenwärtigen Zustände bei den Metallarbeitern und wurden dessen treffliche Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. Betreffs des Kongresses legte derselbe in klarer Weise den Nutzen einer Metallarbeiter-Union dar. Genosse Siebenbürger beurtheilte das Verhalten der General-Kommission der Gewerkschaften. Nachdem noch die Kollegen Höckel und Haugenstein in gleichem Sinne sich ausgesprochen hatten, speziell vom letzteren her die Indifferenten gedacht und eine kleine Schilderung der hiesigen Verhältnisse gegeben worden mit der Aufforderung, den Verbundmungs-Vereinen à la Söder energisch auf die Fude zu rufen, (des saubere Gebahren eines Herrn Dr. wurde auch noch bloßgelegt) wurde einstimmig das Kongreß-Mandat dem Kollegen Scherz in Mürenberg übertragen. In einer Resolution, die

gleichfalls einstimmig Annahme fand, wurde derselbe beauftragt, auf dem Kongresse für eine allgemeine Metallarbeiter-Union einzutreten. Mit einem warmen Appell an die Anwesenden, treu zu ihrer Sache zu stehen, schloß der Vorsitzende sodann die Versammlung.

Reimscheid. In der am 24. Mai abgehaltenen öffentl. Metallarbeiter-Versammlung wurde Kollege König mit großer Majorität als Delegirter zum Kongreß gewählt. Mit Rücksicht auf die Hausindustriellen wurde beantragt, für die hausindustriellen Arbeiter einen dem Industriezweig entsprechenden Minimal-Tarif in das Statut aufzunehmen, unter welchem kein Metallarbeiten soll. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute im Saale des Herrn Schnepenthal tagende Versammlung der Metallarbeiter aller Branchen erklärt sich über die Form der Organisation wie folgt: In Erwägung, daß die hiesigen Metallarbeiter bis dato fast ausschließlich nach Branchen organisiert sind (denn es bestehen hier ein Dutzend Branchen-Vereine in der Metall-Industrie), wir uns aber in der Praxis überzeugt haben, daß die Spezialvereine, trotz unserer organisatorischen und agitatorischen Thätigkeit weder auf dem Höhepunkt der Zeit stehen, noch ihn in absehbarer Zeit erreichen werden, sondern daß thatsächlich ein Theil dieser Branchenvereine bloß vegetirt und als Hemmschuh die Arbeiterbewegung aufhält; in Erwägung, daß in der letzten Zeit auch hier das Unternehmertum sich lokalirt und die Kämpfe der lokalen Branchen-Organisationen immer mehr erschwert und diese nur noch durch die Solidarität der gesammten Arbeitererschaft ausgefochten werden können; in Erwägung endlich, daß die Eigenartigkeit der Reimscheider industriellen Verhältnisse eine Branchen-Zentralisation nicht für zweckentsprechend erscheinen läßt — beschließt die Versammlung, nur für eine allgemeine Metallarbeitervereinigung einzutreten zu können.“

Wald. Am 18. Mai tagte hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Klein-Reichardt für Wald und Ohlig als Delegirter zum 3. allgemeinen Metallarbeiter-Kongreß gewählt und beauftragt wurde, für die allgemeine Zentralisation einzutreten. Im Verlauf der Versammlung beschwerte sich Kollege Wilms über die Behandlungsweise, die ihm von den Führern der Arbeiter, speziell vom Reichstagsabgeordneten Schumacher in der letzten Volkerversammlung zu Theil geworden. Nach eingehender Debatte wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen: 1) In Erwägung, daß Kollege Wilms während der Zeit seines Hereins in unserer Gegend stets in herborragender Weise für die Interessen der Arbeiter eingetreten, spricht die heutige Versammlung demselben ihr vollstes Vertrauen aus. 2) In Anbetracht, daß der Reichstagsabgeordnete Schumacher sich der gewerkschaftlichen Zentralisation stets hindernd in den Weg stellt, spricht die heutige Versammlung demselben hierdurch ein Tadelvotum aus. Auf diese Beschlüsse erwidert die vom Abg. Schumacher redigirte „Berg-Arbeiterstimme“ unter vollständiger Weglassung der Delegirtenwahl, sowie Zweck der Versammlung, trotzdem daß Wald mit zum Lokalbesten des Blattes gehört, Folgendes: „Beide sind die von Schumacher in Betreff einer Verbindung der hiesigen Fachvereine ausgesprochenen Befürchtungen nur zu sehr begründet gewesen, wobei wir auf das in unserer heutigen Nummer enthaltene Erkenntnis des Reichsgerichts in Sachen der Magdeburger Fachvereine hinweisen. Wenn Herr Wilms daran noch nicht genug hat, dann können wir ihm nicht helfen. Im Uebrigen halten wir nach wie vor daran fest, daß alle Diejenigen, welche öffentlich aufzutreten, in erster Linie strenge Kritik an sich selbst zu üben haben.“ Dem gegenüber müssen wir betonen, daß wir eine Verbindung der hiesigen Fachvereine, wenigstens nach ihren Branchen, für sehr zweckmäßig halten, es sind nur ein paar Vereine, welche stark genug sind, sich allein über Wasser halten zu können. Die anderen Vereine sind nicht viel mehr wie eine Null, und könnten dieselben durch große Vereinigung viel mehr erzielen. Ich glaube, daß der Hinweis auf Magdeburg nicht stichhaltig ist, da es sich dort mehr um politische Vereine gehandelt hat. Das von Herrn Schumacher in seinem Blatte so oft gerühmte Solidaritätsgefühl der Solinger Arbeiter haben auswärtige Kollegen noch nie erfahren, da er notorisch sucht, den Solinger Kreis nach außen zu verschließen und nur Lokal-Patriotismus zu treiben. Uebrigens ist die größere Hälfte der Solinger Metallarbeiter noch gar nicht organisiert. E. Schmachtenberg.

Witten. In der am 25. Mai abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-, Former- und Feilenhauer-Versammlung, welche von über 100 Mann besucht war, hielt der Referent W. Hoppe aus Lübenscheid einen längeren Vortrag über die heutige Lage der Metallarbeiter, Former und Feilenhauer, und wie nötig es sei, sich einer Organi-

sation anzuschließen, damit man mit vereinten Kräften nach dem Ziele streben könne, um uns wenigstens ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Mit dem Rufe: Proletarier aller Länder vereinigt Euch, schloß die Rede. Zum 2. Punkt: Stellungnahme zum Frankfurter Kongreß, wurde einstimmig Zentralorganisation gutgeheißen. Als Delegirter wurde Kollege Nehme-Witten einstimmig gewählt, welcher sich bereit erklärte, seine Pflicht zu thun und energisch für Zentralorganisation einzutreten. Unter Verschiedenes wurde beschlossen, dem Delegirten ein Mandat mitzugeben.

Wurzen i. F. In der säch. Bronze-waren-Fabrik zu Wurzen herrschen große Mißstände. Ueberall in den Zeitungen stehen Annoncen, worin mit verlockenden Versprechungen die Arbeiter gelockt werden. Ich selbst bin auf Grund einer solchen Annonce mit dem festen Vorsatz hingereist, mir eine gesicherte Existenz zu schaffen; aber es ist dies für jeden nur einigermaßen freibeweglichen Arbeiter unmöglich, denn die Behandlung seitens des Direktors, eines Herrn Seyfert, die den Arbeitern zu Theil wird, ist eine solche, daß einem das Bleiben vergeht. Selbst einigen von den Werkführern ergreift es so; wenn der betreffende Herr etwas befehlt, so rennen diese, als wenn ihnen der Teufel im Nacken läge. Selbstverständlich übertragen die Werkführer, die unter diesem Druck zu leiden haben, denselben wieder auf ihre Untergebenen. — Jawohl, es ist den Arbeitern dauernde Beschäftigung versprochen, aber wie wird es gehalten? Sowie der Arbeiter nur wagt, in Gegenwart des Direktors die Augen aufzuschlagen, oder daß man mit dem Nachbar spricht, sei es wegen der Arbeit, daß man um Rath fragt oder wegen etwas Anderem — sofort erbt es: „Schmeißen Sie den Kerl hinaus, raus, aber sofort!“ Oder aber: „Kerl, Sie schlafen ja, raus!“ Ich habe dies während meiner hundertjährigen Anwesenheit oft gehört. Oder aber, wenn wirklich die Schraubstöcke alle befestigt sind und es kommen Kollegen auf Grund der Annonce dahin, so heißt es: „Kommen Sie am Freitag.“ Und sicher ist dann Platz, unbarmherzig steigt Einer oder der Andere, der vielleicht nicht ganz „tattfest“ ist oder sich mißlieblich gemacht hat, heraus. Mir selbst wäre es bald so gegangen; da einen rechtlich denkenden Menschen eine solche Behandlung empört, so hatte ich den Entschluß gemacht, zu Pfingsten wieder nach Hause zu fahren. Aber ich hatte die Rechnung ohne den Herrn Direktor gemacht. Ich bekam zu wissen, ich solle aufhören, jedenfalls hatte ich mich mißlieblich gemacht. Selbstredend ging ich zum Direktor, um den Grund meiner Entlassung zu hören, denn laut Brief, den ich von Wurzen bekommen hatte, der mir dauernde Arbeit versprochen, hätte ich mich wohl nicht so leicht zufrieden gegeben mit meiner Entlassung. Und da sprach der Herr Direktor folgende höhnische Worte: „Mir ist das egal, wer am Schraubstock steht, wir bekommen ja Leute genug, arbeiten Sie nur ruhig weiter.“ Am Sonnabend hörte ich nun aber auf. Nun Kollegen Deutschlands, Metallarbeiter! zeigt, daß die Worte dieses Herrn zu Schanden werden, erinnert Euch beim Lesen solcher Annoncen dieser Zeilen. Der dortige Metallarbeiter-Verein ist in Folge des Andranges, der aus allen Gauen kommt, zu schwach, um energisch gegen solche Verhältnisse anzukämpfen. Mit blutendem Herzen und Zähneknirschen müssen die dort anwesenden Kollegen solche Zustände ertragen. Da wird nicht gefragt nach Weib und Kind, da heißt es einfach: „Raus!“ Leute, tüchtig, sold, die 8 Jahre und noch länger da sind, sollten raus geschmissen werden. Was bleibt den Leuten weiter übrig? Sie müssen zu Kreuze kriechen.

Schlösser u. Maschinenbauer. **Breslau.** Der Fachverein der Schlösser, Maschinenbauer und verw. Berufsgenossen hielt seine vierte Generalversammlung am mit der Tagesordnung: Kassenbericht und Vorstandswahl. Der Kassenbericht ergab eine Jahreseinnahme von M 971,10 und eine Ausgabe von M 711,35, mithin Bestand von M 259,75. Zu den Ausgaben sei bemerkt, daß von der Summe M 203,50 an Unterstützung gezahlt wurde. Nachdem dem Kassenbericht zustimmig wurde, wurde der Vorstandswahl geschritten und wurden folgende Kollegen einstimmig wiedergewählt: als 1. Vorsitzender Winkler, als 1. Kassierer Thiel, als Schriftführer Wachs; als 2. Vors. wurde Altmann und als 2. Kassierer Burgund gewählt. — Alle Sendungen bezüglich des Vereins sind an den 1. Vorsitzenden, Dewaldstraße 9, zu richten.

Schläger. **Dresden.** Am 23. Mai fand die Monatsversammlung des Fachvereins der Metallschläger von Dresden und Umgegend mit folgender Tagesordnung statt: Aufnahme neuer Mitglieder. Regelung der Steuerbeiträge. Berlesung des letzten Proto-

folgt. Vorlesung über Robert Blum und Weidig. Werkstattberichte. Nachdem die ersten beiden Punkte erledigt waren, hielt Kollege W. Fischer die Vorlesung. Zum 4. Punkte der Tagesordnung wurde berichtet, daß bei der Firma Fiedler u. Co. jetzt 11 Stunden gearbeitet würden, sonst 10, wie in allen übrigen Werkstätten. Herr Fiedler ist kein Frachtmann, sondern Kaufmann, und beschäftigt 24 Gehilfen. Da kann man sich ausrechnen, wenn diese 24 Mann täglich eine Stunde länger arbeiten, was dann mehr fertigt wird; jedoch wäre dies nicht so schlimm, wenn nicht gegenwärtig die Gehilfen in Schwabach streikten. Wir glauben, Herr Fiedler unterkühlt die Händler in Bayern. Da aber die Verhältnisse jetzt sehr schlecht sind, so können wir augenblicklich nichts thun, denn, wollen die Gehilfen dieser Firma nicht weiter arbeiten, so stehen 50 andere draußen. Das beweist doch genug, daß 10 Stunden schon zu viel ist. Es soll zwar nur 14 Tage 11 Stunden täglich gearbeitet werden; nun gut, wir werden ja sehen, ob es wahr ist. Sollte es mehrere Wochen so fort gehen, dann werden wir auch wissen, was wir zu thun haben. Die Versammlung beschloß, alle Firmen zu veröffentlichen, in welchen solche Anordnungen bestehen. Es ist Pflicht aller Kollegen, die Schwabacher Gehilfen in ihrem gerechten Kampfe gut zu unterstützen, denn wenn dieser Streik verloren geht, dann werden auch viele andere im Sande verlaufen.

Nürnberg. Am 25. Mai hielt der Fachverein der Metallschläger eine außerordentliche Metallschlägerversammlung ab mit der Tagesordnung: 1) Stellungnahme zum Metallarbeiter-Kongress. 2) Verschiedenes. Zum ersten Punkt wurde beschlossen, keinen Delegierten zum Kongress zu senden, da die Stufenverhältnisse bei uns sehr schlecht sind. Jedoch wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen und dem Kongress gegenüber: „Die heute, den 25. Mai tagende außerordentliche Metallschlägerversammlung ist durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die lokale Organisationsform und die Branchen-Zentralisation den Unternehmerverbänden nicht wirksam begegnen können. Es erklärt die heutige außerordentliche Metallschlägerversammlung eine allgemeine Metallarbeiter-Union als die zweckentsprechendste Organisation.“ — Sodann wurden verschiedene Kollegen in den Verein aufgenommen. Einer jedoch wurde nicht zugelassen und dessen Name verdient genannt zu werden. Es ist dies Sichelstiel, welcher den Verein sehr schädigte, indem er sich auf einer Liste eines hier nicht wiederzugebenden Ausdrucks bediente und dieselbe dem Verein sendete. — Ferner wurde beschlossen, die Lohnreduktion der Mittelstufen Werkstätte der Agitationskommission mitzutheilen, damit dieselbe weitere Anordnungen trifft. — Die Kollegen und Kolleginnen, welche arbeitslos sind, werden ersucht, ihre Adresse dem Arbeitsnachweis bekannt zu geben, derselbe befindet sich bei Angler, Frauenthormauer 52, Hinterhaus.

Feilenhauer.

Berlin. Am 25. Mai hielten die Feilenhauer von Berlin und Umgegend eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Bericht der Liquidationskommission, Kongressfrage. Es wurde im ersten Punkt weiter nichts beschlossen, als daß sämtliche Mitteilungen (außer Bücher, soweit solche der Vertrauensmann zur Verwertung gebrauchen kann) vorläufig der Liquidationskommission überlassen bleiben. Im Anschluß hieran wurde Kollege Paul Hesse beauftragt, unser Fachorgan, die „Deutsche Metallarbeiter-Zeitung“ bis zum 1. Juli weiter zu übernehmen; später sei selbige vom Verbands- oder direkt von Nürnberg zu beziehen. Beim 2. Punkt wurde von einer Delegiertenwahl Abstand genommen und auf Antrag des Kollegen Brach die Liquidationskommission beauftragt, mit den Delegierten Herrn Köpfen zu sprechen, welcher unsere Angelegenheiten auf dem Kongress vollständig regeln könne. Es wurde dann noch vom Kollegen Ahlers zur Anregung gebracht, daß sich ein jeder Kollege an der Ausbringung der Delegiertenkosten beteiligen möge, wozu Bona vorausgibt werden. Zum 3. Punkt wurde dem Vertrauensmann Emil Ahlers über die Verwaltung des Unterstützungs- und Agitationsfonds Dehage ertheilt. Unter Verschiedenes wurde noch die Streik-Kontroll-Kommission in Anregung gebracht und diese Angelegenheit wegen vorgezogener Zeit vertagt. Zum Schluß wurde dann noch der Vertrauensmann der Feilenhauer Deutschlands E. Goldbach (Leipzig) in allen Angelegenheiten gebittet. — Sämtliche Briefe sind an unseren Vertrauensmann Emil Ahlers, Berlin, N., Daldorferstr. 3, zu richten.

Brachwede. Der Feilenhauerstreik in Brachwede ist fast zu Ende gekommen, denn es haben vier Kollegen zu dem alten Preise wieder angefangen. Der Streik in Bielefeld dauert noch unbeeinträchtigt fort, es streiken noch 8 Mann und glauben wir sicher, daß

es möglich ist durch die Hilfe aller Kollegen, die 8 Mann hoch halten zu können. — Die obigen vier Kollegen hätten so leicht nicht angesetzt, aber unsere Unterstützung ist bis jetzt noch sehr wenig gewesen. Wir bitten darum alle Kollegen, und so viel wie möglich unterstützen zu wollen, damit wir doch in Bielefeld den Sieg gewinnen. Zugung ist streng fernzuhalten.

Budapest. Die hiesigen Feilenhauer sind wegen einiger unkollegialer Subjekte gezwungen, die von ihnen schon bekannt gegebene Sperre noch fortbestehen zu lassen. Einige Feilenhauer der Fabrik Kosseniann u. Kühnemann verdienen obigen Titel im echten Sinn des Wortes. Die Herren heißen: Ludwig Schuster, Werkführer dieser Fabrik, dann die Kollegen J. Müller, J. Schraffler, J. Ulrich und Alois Wagsy. Nicht genug, daß durch diese benannten Herren die Mit-Kollegen der Fabrik gezwungen waren, am 1. Mai zur Arbeit zu erscheinen — nein! ihre Schleifer, die wegen der Mafketer entlassen, also gemahregelt wurden, weigern sich solche auch nur zu unterstützen; die Aufseherung sämtlicher Feilenhauer Budapests, für die Schleifer zu wirken, d. h. dafür Sorge zu tragen, daß diese ihre alten Plätze in der Werkstatt wieder erhalten, beantworteten sie einfach damit: die Schleifer sind entlassen und für Entlassene treten wir nicht ein! Also den Grund der Entlassung scheinen sie nicht zu verstehen, oder besser, wollen sie nicht verstehen. Kollegen allerorts, merkt Euch solche Worte, merkt sie Euch! Auf Anrathen des Werkführers gaben sich sogar die Kollegen Müller und Wagsy her, die Plätze der Schleifer zu betreten, um so jenen die Aussicht zur Wiederaufnahme zu verderben. Wir beabsichtigen nun, die Kollegen, welche uns auf solche Weise unheimlich Erregunges bringen, die das Solidaritätsgefühl mißachten, uns in die alten Verhältnisse zurückzuführen wollen, zur Nation zu bringen; wir ersuchen Euch deshalb, den Zugung streng fern zu halten.

Duisburg. Wie schon angezeigt, ist der Streik hier und in Ruhrort ausgebrochen. Schon mehrere Male wurde hier der Versuch gemacht, die Erregungsschaften des Vereins zu zerstören, aber bis jetzt ist dies an der Einigkeit der Kollegen gescheitert. Grund des Streiks ist folgender: Im März 1890 wurde ein Akkordtarif und ein Stundenlohn zwischen den Arbeitgeber und dem Feilenhauer-Verein vereinbart und von den Meistern resp. Arbeitgebern unterschrieben. Jetzt weigern sich die Ruhrorter den Tarif zu bezahlen. Die Kollegen kündigten die Arbeit. Aber jetzt kam der vielerfachene Kontraktbruch zur Anwendung, nur waren es nicht die Gesellen, welche dazu griffen, diesmal war es der Herr Renner, welcher die Arbeit nach auswärts verschickte und seine eigenen Leute hinarbeit ließ. Er äußerte: wenn ich auch ein paar hundert Mark Schaden habe, gehauen kriegt die Feilen doch. Er hat selbst zugestanden, daß ihm die Feile Feilen 4 bis 5 M mehr kostete, aber was schadet, wenn die Gesellen sich bloß fügen. Eine unangenehme Erfahrung hat Herr Renner doch schon gemacht. Zu der Firma Brand in Witten hat derselbe 4 Ritzfen Feilen zum Ganzen geschickt, aber die Kollegen haben sich entschieden geweigert, die Arbeit zu machen, sogar die Schleifer weigerten sich, die Feilen zu schleifen, weil sonst vielleicht die Lehrlinge die Feilen hauen müßten. Ein Bravo diesen Kollegen. Hoffen wir, daß sich die Kollegen überall so einig fühlen. Vor Allem müssen wir die Klemscheider aufordern, ja keine Feilen von Duisburg und Ruhrort zu hauen, dann wird der Kampf schnell beendet sein. Da immer ein Schuldiger vorhanden sein muß, so hat sich auch jetzt wieder einer gefunden. Ein Meister hat sich seinen Gesellen gegenüber ausgesprochen: Er wüßte nicht, warum Meister Karrenberg den Rentrop in der Bude hielt. Es wurde demselben erwidert, der wäre von selbst schon gegangen, aber jedes Mal vom Meister wieder geholt worden. Doch der betreffende Meister sollte auch seinen Willen haben, Rentrop wurde ohne Grund aus der Arbeit entlassen. Die Kollegen fühlten sich solidarisch mit demselben, und so erstreckt sich die Arbeits Einstellung auch auf die Werkstätte des Meisters Karrenberg. Kollegen, bis jetzt haben wir alle Angriffe, die gegen uns gemacht sind, durch feste Organisation abgeschlagen. Auch diesmal hoffen wir sicher auf den Sieg. Deshalb fordern wir Euch auf, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, vor allen Dingen den Zugung fern zu halten, und nochmals sei es den Klemscheidern besonders an's Herz gelegt, keine Feilen für hier zu hauen. Briefe z. an Heinrich Brandt, Ruhrort, Friedr. Wilhelmstraße 15.

Nürnberg. In einer öffentl. Metallarbeiterversammlung wurde betreffs Stellungnahme zum Metallarbeiterkongress zu Frankfurt einstimmig beschlossen, für eine allgemeine Metallarbeiterunion einzutreten. Da es uns nicht möglich ist, selbst einen Delegierten zu senden, so wurde dem Kollegen E. Goldbach

unsere Vertretung beim Kongress angetragen, womit sich dieser einverstanden erklärte. Er war zu diesem Entschluß kamen, wurde bei den übrigen bayerischen Kollegen (ausgenommen Ludwigshafen) der Versuch gemacht, sie zu bewegen, gemeinschaftlich mit uns einen Delegierten zu stellen. Jedoch dieser Versuch mißlang, indem nur Regensburg zusagte; Mosenheim hat es nicht einmal der Mühe werth gehalten, zu antworten. Wir sehen uns ferner veranlaßt, auf einen Umstand aufmerksam zu machen, welcher uns schon mehrere Male, zuletzt bei einem in Augsburg aufgenommenen Mitgliede, aufgefallen ist. Es handelt sich um das Quittieren der Beiträge bei der Reise aufgenommenen Mitglieder oder solcher, welche gleich nach der Aufnahme abreisen. Da ein Mitglied sechs Wochenbeiträge bezahlt haben muß, ehe es Unterstützung beantragen kann, so bezahlen vorgenannte Mitglieder bei oder gleich nach der Aufnahme obigen Betrag. Hierbei ist es aber durchaus unrichtig, daß diese Beiträge auf sechs Wochen im Voraus quittiert werden, so daß ein solches Mitglied erst nach Verlauf dieser Zeit wieder Beiträge zu zahlen hat, wobei andere Vereine eb. den Kürzeren ziehen. Es müssen diese Beiträge als nachbezahlt, das heißt als sechs Wochen vor der Abreise bezahlt, quittiert werden.

Frankfurt, 24. Mai. Da eine vor 14 Tagen einberufene öffentliche Versammlung der Feilenhauer wegen zu schwachen Besuchs nicht eröffnet werden konnte, besaßte sich die heutige mit der Stellungnahme zum Frankfurter Kongress. Kollege Meyer legte in kurzen Worten klar, daß, wollten wir in Zukunft etwas erreichen, wir uns dem großen Ganzen anschließen müßten und nicht getrennt marschieren dürften. Kollege Aug. Falkenrath erklärte sich im Prinzip für eine Union, hält es jedoch aus praktischen Gründen für besser, wenn die hiesigen Feilenhauer in ihrer jetzt bestehenden Vereinsform der Union angehören, ähnlich denjenigen Landbestellen, die gesetzlich verhindert sind, der Union beizutreten; er glaubt, wie er die hiesigen Verhältnisse kennt, daß die meisten Feilenhauer der Union nicht beitreten würden, weil die Beiträge zu hoch wären. (Hier bezahlte jedes Mitglied des Feilenhauervereins monatlich 25 Pf. Anmerk. des Schriftführers.) Wenn mit örtlichen Verhältnissen müsse gerechnet werden. Er würde, im Falle er gewählt würde, diese Ansicht auf dem Kongress vertreten. Dem wurde entgegengehalten, wollten wir etwas schaffen, so müßten wir uns voll und ganz den auf dem Kongress gefaßten Beschlüssen fügen; wenn wir auch schließlich bloß mit 100 Mann zur Union überträten, so sei es besser, als wenn wir im lokalen Branchenverein 900-1000 Mitglieder hätten, von denen, wenn es vielleicht darauf ankäme, der größte Theil nicht Stand hielte. Bei der nun folgenden Delegiertenwahl wurde Kollege Aug. Falkenrath als erster Vorgesetzter per Akklamation mit kleiner Majorität gewählt.

Zingießer.

München. Am 23. Mai fand eine öffentliche Zingießer-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1) Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation und deren zukünftige Erweiterung. 2) Das Kontrollmarken-System. 3) Diskussion über gewerbliche Angelegenheiten. Zu Punkt 1 hatte Herr Baier das Referat übernommen und löste derselbe seine Aufgabe in einständigem Vortrage. Er führte den Zuhörer ein anschauliches Bild vor Augen. Da die demnächstige Stufe zur Erweiterung der Metallarbeiterorganisation die Metallarbeiter-Union bildet, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute tagende Zingießer-Versammlung erklärt, den Ausführungen des Referenten gemäß, daß die gegenwärtige Organisationsform der Macht des Kapitals gegenüber nicht mehr ausreichend ist. Da es ihr ungünstiger Verhältnisse halber nicht möglich ist, zu dem in nächster Zeit stattfindenden deutschen Metallarbeiter-Kongress in Frankfurt a. M. selbst einen Delegierten abzuordnen, so verpflichtet sich die Versammlung, sich den Beschlüssen desselben in jeder Weise zu fügen, indem sie überzeugt ist, daß der Kongress das Mögliche im Interesse und zum Nutzen der deutschen Metallarbeiter leistet.“ Zu Punkt 2 nahm Kollege Ringsel den Wort und legte der Versammlung das Kontrollmarken-System aus; er forderte alle Kollegen auf, bei Einkäufen das zu beherzigen und auf diese Weise unsere Genossen zu unterstützen. Bei Punkt 3 kam der Vorsitzende auf die persönliche Uneinigkeit unter den Kollegen zu sprechen; er führte allen Kollegen vor Augen, wie sie sich dadurch in's eigene Fleisch schneiden, da, so lange die Kollegen (leider sind auch Ältere in dieser Beziehung noch nicht gefest) sich nicht einigen, niemals etwas verbessert werden kann; denn gerade in unserem Geschäfte haben die Kollegen durch die ewige Uneinigkeit das Meiste selbst verdorben. Mehrere Kollegen sprachen noch über Lehrlingszuchterei. Auch wurde beschlossen, Sorge zu tragen, daß, ba

bei uns meist auf Stück gearbeitet wird, dieses System jedoch vorherhand nicht abschaffen können, wenigstens die Stückpreise nach einem einheitlichen Tarife geregelt werden, da dieselben in den verschiedenen Werkstätten noch variiren. Nachdem der Vorsitzende noch aufgefordert, es möchten alle dem Fachverein noch fernstehenden Kollegen demselben beitreten und für denselben agitiren, empfahl er noch, die „Metallarbeiter-Zeitung“ nicht beiseite zu legen, sondern dieselbe auch fleißig zu lesen.

Gerichts-Zeitung.

Die Delegierten der Gewerkschaften zu Halle a. S. hatten sich am 8. September 1890 zu einer „General-Kommission aller Gewerkschaften zu Halle a. S.“ zusammengeschaart. Diese Kommission hatte die statutenmäßige Aufgabe, nach jeder Sitzung hin die Arbeiterverhältnisse in Halle zu beaufsichtigen. Die Polizeibehörde erklärte in dieser Kommission einen Verein, der eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckt und erliche gegen den Arbeiter K., als Vorsitzenden desselben, wegen Nichterreichung der Statuten und des Mitgliederverzeichnis's einen Strafbefehl. Dieser wurde auf erhobenen Einspruch sowohl von dem Schöffengericht wie der Strafkammer aufrecht erhalten. Beide Richter nahmen an, daß die Polizeibehörde den Verein nach seinem statutenmäßigen Zweck zureichend qualifiziert habe und demnach ein Verstoß gegen die Verordnung über die Verhütung eines Mißbrauchs der Versammlungs- und Versammlungsfreiheit vom 11. März 1850 vorliege. Die gegen das Urtheil der Strafkammer von dem Angeklagten noch eingelegte Revision wurde von dem Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen.

Was schon Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz ist, erfuhr jüngst zwei Schuhmacher in Mainz, die in einer Versammlung meinten: „Wenn unsere Forderungen nicht bewilligt werden, so ist es das Beste, wir legen die Arbeit sofort nieder.“ Die Staatsanwaltschaft erließ hierin eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen das Gesetz, das Landgericht fand höchstens eine Aufforderung zum Kontraktbruch darin und erkannte auf Freisprechung, das Reichsgericht hob dieses Urtheil auf, und nun fand das Landgericht auch, daß er Staatsanwalt Recht gehabt habe und erkannte auf je — 20 M Geldstrafe.

Vermischtes.

Ueber die Eisenbahnen der Zukunft schreibt der „Fortschritt der Zeit“: „Ein bekannter Eisenbahntechniker will New-York und Philadelphia durch eine Hochbahn verbinden, d. h. er hat den Plan dazu entworfen, welcher alle Vorzüge des modernen Betriebes und der verschiedenen Systeme in sich vereinigt und bei der alle neuen Erfindungen im Eisenbahnbau in Anwendung kommen sollen. Die Bahn soll ausschließlich dem Passagierverkehr dienen, in der Luftlinie und von einer Stadt bis zur anderen möglichst in einem Niveau, ohne Steigung und Fall, mit möglichst wenigen Kurven gebaut werden. Die bewegende Kraft soll Elektrizität sein. Die Durchschnittsgeschwindigkeit der Züge soll 160 Meilen die Stunde betragen, so daß die Entfernung zwischen New-York und Philadelphia in 36 Minuten zurückgelegt werden würde, einen zweimaligen Aufenthalt in Trenton und Newark inbegriffen. Die Geleise sollen glatt und so eben sein, daß die Passagiere auch nicht die leiseste Bewegung verspüren. Da die bewegende Kraft nicht Dampf, sondern Elektrizität sein soll, so wird natürlich auch kein Rauch entstehen, und auch Staub wird es nicht geben, wie bei einem Zuge, der auf ebener Erde läuft. Die Unfallgefahr wird auf die Möglichkeit der Entgleisung beschränkt sein, welche sich ja nicht oft ereignet. Die Gefahr des Zusammenstoßes ist dadurch ausgeschlossen, daß die Züge in langen Zwischenräumen abgelassen werden und sich nicht in entgegengesetzten Richtungen auf demselben Geleise bewegen. In der That soll ein Zug immer erst abgehen, wenn der vor ihm expedirte am Bestimmungsort eingetroffen ist. Sollte das Projekt in die Wirklichkeit übertragen werden, und die Fernverkehrsbahn soll das selbe erstlich in's Auge gefaßt haben, so würde damit im Passagierverkehr eine vollständige Revolution verursacht werden, denn alle belebten Bahnen müßten zum Hochbahnsystem greifen, andernfalls würden sie einen großen Theil ihrer Patronage einbüßen und ihre Passagiertage um ein Bedeutendes herabsetzen müssen. Die Zeit scheint in der That nicht mehr fern zu sein, wo Frachtzüge und Personenzüge gänzlich getrennt werden. Das Land wird immer

theurer. Ebenso wie man, in vollreichen Städten acht- und zehnhundert Häuser baut, wird man in verkehrsreichen Gegenden mit der Zeit zweifelhafte Eisenbahnen bauen. Es ist ja Erfahrungssache, daß die meisten Unfälle an Eisenbahnkreuzungen durch zu große Fahrgeschwindigkeit derzüge verursacht werden. In Europa werden die Züge durch Hochbauten über alle Hauptkreuzungen geführt. Sobald das Publikum mit der Forderung einer gleichen Einrichtung hier zu Lande durchgedrungen ist, ist auch die Haupterschwerung für die Einführung von Hochbauten in den Verkehrsnetzen des Landes hinweggeräumt. Das Andere findet sich dann von selbst.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 89.)

Ungepfloffene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln:

- („Allgemeine“)
- Nr. 26938. H. Schindler.
 - 27576. Max Krause.
 - 14434. Wendelin.
 - 28672. Franz Schlor.
 - 14342. Wöfe.
 - 2617a. Volkmann.

- („Vulkan“)
- Nr. 7375. Wlb. Behne.
 - 20068. G. Maywald.

- Verlorene Mitgliedsbücher.**
- („Allgemeine“)
- Nr. 12067. Ferd. Schulte, eingetr. 7. Mai 1888 in Hannover.
 - 1182b. B. Hausmann, eingetr. 7. Aug. 1887 in Altendorf.
 - 18978. Rich. Kurz, eingetr. 25. Jan. 1885 in Berlin 5.
 - 32969. Peter Behner, eingetr. 22. Febr. 1891 in Weib.

- („Vulkan“)
- Nr. 17211. Friedr. Koch, eingetr. 28. Jan. 1890 in Gelsenkirchen.

- Veränderte Adressen der Bevollmächtigten.**
- („Allgemeine“)
- Martburg, R. Burkholtz, Grünerstr. 19.
 - Großhain, G. Escher, Köpfergasse 29/1.
 - Überseehofen, Gehr. Koch, Blumenstr. 11, p.
 - Schweizer, Martin Klein.

- („Vulkan“)
- Windenhof, Schneider, Schwezingerstr. 126a.
 - Brieg, W. Fischer, Neumarkt 6.

Abrechnung

Über den Altonaer Feilenhauerstreik.

Einnahme. Fonds von Kreisler 30. Danksburg 15. Bremen 10. Bangner-Hamburg 100. Meyer-Kemisch 20. Mabe v. Wald 15. Verein der Hutmacher, Altona 10. Sonnenhof-Unterthor (Schweig) 16. Von den Kol. in Gütrow 3. Grabvogel, Furtich, N.-Dester. 26,50. Weber, Staßfurt 20. Görzing, Würzburgschlag 15,50. Metallarbeiter Harburg 40. Hugo Müller, Bucharest 24,20. Wülfisch, Wien 17,20. Conrad, Meran (Gloggenitz, Destr.) 5,30. Kauden, Pappenhagen 13. N. Keller 2. Berthold, Hernals b. Wien 8,40. D. Stöhr, Hannover 10. Karl Wiehe 3. Anton Höfer 2. Wülfisch, Wien 17. Von den Kollegen: in Höhe 8,50. W. Richter 2. Auf Büten 108,45. Durch Goldbach, Leipzig (8 Katen) 100, 60, 100, 100, 120, 80, 60 = 720. Von Geise, Kiel (8 Katen): 18, 15,50, 21 = 54,50. Summa 1316,55.

Ausgabe. An Unterstützung für die Streikenden 1229. Für Porto, Depeschen, Druckfachen u. dgl. 29,50. An durchreisende Fremde 32. Summa 1281,50.

Bilanz:

Einnahme	1316,55
Ausgabe	1281,50
Ueberschuß	35,05

Hiervon an die Kollegen in Budapest 20,—
Bleibt Kassenbestand 15,05

Revidiert und für richtig befunden: Altona-Hamburg, 24. Mai 1891.
Die Revisoren: Otto Pfäzner. F. Weyl.
Etwas Bescheidene sind innerhalb 14 Tagen, vom Tage der Bekanntmachung an, an O. Pfäzner in Hamburg, Ratzeppel 9, 3, zu richten.
Besten Dank für die erhaltenen Unterstützungen; sollten obige Orte in ähnliche Lage kommen, so können sie auch auf unsere Beiträge rechnen.
J. A. S. Kalt, Schriftführer.

Sterbe-Cafel
der
Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

- Nr. 212. Franz Reble, Goldarbeiter, geb. 6. März 1850, gest. 26. April 1891 an Brustleiden in Eutingen.
- 927. Robert Bleich, Former, geb. 23. Juli 1854, gest. 27. April 1891 an Asthma in Fürstentwalde.
- 20970. Richard Lindner, Schlosser, geb. 6. Jan. 1868, gest. 3. Mai 1891 an Lungenemphysem in Wittweide.
- 14774. August Wulsten, Schleifer, geb. 8. Aug. 1849, gest. 21. Febr. 1891 an Lungenemphysem in Dölp b. Colligen.
- 23126. Karl Wilhelm, Schmied, geb. 2. Aug. 1860, gest. 7. Mai 1891 an Lungenemphysem in Deutz.
- 6830. Anton Leber, Schmelzer, geb. 25. Nov. 1859, gest. 4. Mai 1891 an Lungenemphysem in Bröckau.
- 3335. Otto Fuchs, Maschinenbauer, geb. 19. Jan. 1860, gest. 3. Mai 1891 an Lungenemphysem in Berlin 2.
- 21096. Robert Michaels, Schmelzer, geb. 5. Sept. 1861, gest. 24. Febr. 1891 an Lungenemphysem in Feysenheim.
- 7861. Karl Koch, Bohrer, geb. 4. Aug. 1848, gest. 26. Febr. 1891 an Lungenemphysem in Mannheim-Neckarvorstadt.
- 6436. Jakob Marth, Fabrikarbeiter, geb. 30. April 1848, gest. 26. April 1891 an Lungenemphysem in Oshhausen.
- 8580. Sebastian Splegel, Fabrikarbeiter, geb. 5. Okt. 1850, gest. 7. Mai 1891 an Lungenemphysem in Göckberg.
- 15406. Joh. Georg Göttinger, Metallarbeiter, geb. 12. Sept. 1844, gest. 6. Mai 1891 an Lungenemphysem in Genustadt.
- 18135. Franz Köhler, Eisendreher, geb. 16. Dezember 1861, gest. 5. Mai 1891 an Nervenentzündung in Gabeln.
- 16767. Moriz Schütt, Schlosser, geb. 13. März 1853, gest. 30. April 1891 an Lungenemphysem in Dresden-Mittstadt.
- 23145. Johann Dieber, Arbeiter, geb. 9. Dez. 1863, gest. 6. Mai 1891 an Lungenemphysem in Wschaffenburg.
- 27738. Theodor Härtel, Schlosser, geb. 15. Juli 1863, gest. 10. Mai 1891 an Kehlkopfentzündung in Wambach.
- 27817. Peter Jmig, Former, geb. 31. Juli 1863, gest. 11. März 1891 an Rheumatismus in Effen.
- 8138. Karl Haas, Steher, geb. 5. März 1858, gest. 31. Dez. 1890 an Hirnhautentzündung in Niederrad.
- 2168. Anton Deber, Metallarbeiter, geb. 10. März 1849, gest. 28. Febr. 1891 an Lungenentzündung in Biff.
- 28589. Kaspar Hürlimann, Fabrikarbeiter, geb. 2. Februar 1858, gest. 15. Februar 1891 an Verletzung in Rath.
- 8571. Wilhelm Bleich, Arbeiter, geb. 2. Jan. 1851, gest. 22. Mai 1891 an Magenleiden in Potschappel.
- 26270. Peter Huibermacher, Schlosser, geb. 18. Aug. 1852, gest. 14. Mai 1891 an Lungenemphysem in Ruhort.
- 18590. Emil Lehmann, Eisendreher, geb. 15. März 1857, gest. 20. Mai 1891 an Krebs in Urtau.
- 6573. Konrad Fehn, Schlosser, geb. 5. Mai 1840, gest. 13. Mai 1891 an Fingerquetschung in Färth.
- 6557. Hans Hoffmann, Graveur, geb. 18. Dez. 1871, gest. 12. März 1891 an Lungenemphysem in Dulsag.
- 12048. Theodor Hahnwald, Arbeiter, geb. 1. Febr. 1861, gest. 10. Mai 1891 an Nieren- und Blasenentzündung in Gorbitz.
- 22222. Ludwig Friedrich, Arbeiter, geb. 25. Juli 1841, gest. 12. Mai 1891 an Unfall in Gemelingen.
- 2997. Fritz Bier, Schlosser, geb. 3. Okt. 1843, gest. 25. Dez. 1891 an Magenkrebs in Berlin 4.
- 9088. Bernhard Decker, Fabrikarbeiter, geb. 9. Okt. 1854, gest. 12. Mai 1891 an Geistesstörung in Biff.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) J. P. W. Diez' Verlag ist eben das 34. Heft des 9. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Der Mythos von Adam und Eva. Ein Beitrag zur vergleichenden Mythologie. Von P. Lafargue. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. 1850—1860. Von F. A. Sorge. (Schluß) — Acht Stunden. Von E. Bernstein I. — Immunität. Von Bernh. Gerst. — Litterarisches Rundschau. — Feuilleton: Zu neuen Asten. Novelle von Robert Schweichel. (Fortsetzung.)

Telegraphische Nachricht.

Frankfurt a. M., 2. Juni. Der Streik in Göppingen ist zum Abwehrlauf geworden, die Fabrikanten verlangen Austritt aus dem Fachverein. Schnelle Hilfe ist noth. W. Meyer.

Solzern Junge, Differenzen halber, streik fernhalten.

H. F. Former, Selbsteher und Bernmüder Solzern u. Umg.

Bernburg. Ueber die Fabrik von Steinmann's Erben ist Sperre verhängt und der Zugang von Formern ferngehalten!

Döbeln. In Folge Lohnreduktion befinden sich die Klempner der Großfußschen Fabrik im Streik. Vor Zugang wird gewarnt. Situationsbericht folgt. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten. Alle Briefe und Sendungen sind zu richten an Georg Engelhardt, Johannisstr. 4.

Vereins-Anzeigen.

Dauten. (Former-Unterstützungsvere.) Sonnabend, 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, in der Goldenen Aue, Generalversammlung. L.-D.: Neuwahl des Vorstandes. Kassenabrechnung. Feststellung unseres ersten Stiftungsfestes. Verschiedenes.

Gochenheim. (Fachv. d. Metallarbeiter.) Unser Vereinslokal befindet sich jetzt Ruenasse 10. bei Gastwirt's Vertung. Die nächste Mitgliederversammlung ist Montag, 8. Juni, Abends halb 9 Uhr. — Der Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. Juni ab im Gasthaus zum grünen Baum, gr. Sandstraße 37, woselbst auch die Wanderunterstützung Mittags von 12—1 Uhr ausbezahlt wird.

Bremen. (Klempner-Fachverein.) Allen Klempner- sowie Metallarbeiter-Fachvereinen zur Kenntniß, daß der Klempnergehilfe W. Mehlhoff aus Berlin nur auf Betrug auszugehen scheint, indem er sich vom Verein Arbeit nachweisen läßt, vom Meister Vorwurf erbetet und dann das Weite sucht. Solche Individuen sind scharf auf's Korn zu nehmen.

Cassel. (Feilenhauer-Verein.) In dem Adressen-Verzeichnis der Feilenhauer ist bezüglich Cassel ein kleiner Fehler, den wir durch fremde Kollegen erst bemerkten, indem selbige die Herberge zur Heimath in Wehlheiden suchten, wo sie aber nicht ist. Genannte Herberge befindet sich in Cassel, Hohenthorstraße. — Vorstand ist J. Groß, unter: Wühlengasse 13. Der Kassierer Hoffmann wohnt in Wehlheiden.

Darmstadt. Samstag, 6. Juni, findet in der „Stadt Nürnberg“ Versammlung statt. L.-D.: Wahl der Beisitzer zum Gewerbe-Schiedsgericht. Hierzu werden alle Berufsangehörigen eingeladen.

Dona-Schirma. (Metallarbeiterverein.) Berichtung. Nicht der „Dreher“ Paul Richard Emmerich (wie irrtümlich in Nr. 21 angezeigt), sondern der Schlosser gleichen Namens aus Chemnitz ist aus unserm Verein ausgeschlossen. — Die Vereins-Versammlungen finden jeden Sonntag vor dem 1. und 15. jeden Monats statt und bittet der Vorstand die Mitglieder um pünktliches Erscheinen. — Alle Sendungen sind zu richten an den 1. Vorsitzenden, Former Wilhelm Hinz in Solzern i. G.

Döbeln u. Umgend. (Metallarbeiter-Verein.) Sonnabend, 14. Juni, Abends 8 Uhr, im Saale der Mühlenterrasse, öffentliche Versammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. — Sonntag, den 21. Juni, Früh 6 Uhr, Ausflug nach Steina: Zahlreiche Theilnahme erwünscht.

Frankenthal. (Formerverein.) Samstag, 6. Juni, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder und Beitrags-Erhöhung. Vortrag: Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes.

Harburg. (Fachv. d. Former u. v. B.) In der am 30. Mai stattgefundenen Versammlung wurde beschlossen, wegen zu großer Inanspruchnahme der Kasse das Geschenk auf 50 Pfg. zu reduzieren. Dieses den reisenden Kollegen zur Kenntniß.

Homburg. (Metallarbeiter-Fachverein.) Montag, 8. Juni, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Festsetzung des Tages zum Besuch der elektrischen Ausstellung. Verschiedenes. — Alle Kollegen, welche über 8 Wochen mit Ihren Beiträgen reften, werden ersucht, dieselben baldigst zu entrichten, andernfalls ihre Ausschließung erfolgt und ihre Namen in der M.-A.-Ztg. veröffentlicht werden.

Kiel. (Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.) Sonntag, 7. Juni Nachmittags 3 Uhr, bei Herrn Schröder, Rehdensstraße 2, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Entgegennahme der Beiträge. Wahl der Ortsbeamten. Bericht-Erstattung der Delegierten Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht.

Kiel. (Former-Fachverein.) Sonntag, 14. Juni, Nachm. 4 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Beitrags-Erhöhung. Vortrag über Alkohol. Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, recht pünktlich zu erscheinen. — Die Adresse unseres 1. Vorsitzenden W. Peller ist von jetzt ab Papentamp 21, 2. St. r.

Leipzig und Umgend. (Former-Unterstützungsverein.) Sonntag, 21. Juni, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Beschluß des Vorstandes. Verschiedenes. Fragekasten. — Des Weiteren geben wir den reisenden Kollegen bekannt, daß die Unterstützung von 2 M auf 1,50 M reduziert worden ist, und wird dieselbe bei Koll. Geißler, Stötterly, Kirostrasse 6, ausbezahlt.

Milheim a. Rh. (Metallarbeiterverein.) Da von der hiesigen Baubehörde das neu erorbene Lokal für unsere Vereinsitzungen als unzulässig eracht wurde, so sehen wir uns genöthigt, vorläufig eine Zahlstelle zu errichten und zwar Ecke der Deutzer- und Dantigerstraße bei Herrn Jakob Schmitz, jeden Sonntag Morgen von 11 bis 12 Uhr. — Ferner sehen wir uns durch den schlechten Kassenbestand genöthigt, das Geschenk für durchreisende Kollegen bis auf Weiteres aufzuheben.

Nürnberg. (Fachv. d. Schmelzer u. v. B.) Sonntag, 14. Juni, Nachm. 4 Uhr, Einladung zum Gartenfest unseres Kollegen Dollhopf, Wirthschaft zu den drei Mühren, Sammlerstraße 7, Gostenhof 11.

Nürnberg. (Fachv. der Metallschläger.) Montag, 8. Juni, Abds. 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Die Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Die Wichtigkeit derselben erfordert das Erscheinen sämtlicher Mitglieder.

Rosbach. (Metallarbeiter-Verein.) Die Mitglieder-Versammlung findet am 6. Juni, Abends 8 Uhr, in der Friedrichshalle statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Zwickau. (Fachv. der Metallarbeiter u. v. B.) Sonnabend, 13. Juni, Abds. 8 Uhr, im Vereinslokal, Generalversammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Erhebung der Beiträge. Vorlegung resp. Justifikation der Jahresrechnung. Neuwahl des Gesamt-Ausschusses. Erledigung etwa eingegangener Anträge, welche vor der Versammlung beim Vorsitzenden eingereicht sind. — Um die Jahresrechnung möglichst vollständig vorlegen zu können, werden die geehrten Mitglieder ersucht, die restirenden Beiträge möglichst bis Donnerstag, den 10. Juni, abzuliefern. Das Erscheinen aller Mitglieder wird dringend gewünscht.

Anzeigen.

Nachruf.
Am 7. Mai (Himmelfahrt) erkrankt in Folge einer unglücklichen Bahnfahrt unser Vereinskollege

Paul Bentler aus Dresden.

Wir verlieren an demselben ein treues Mitglied und rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.
Die Beiche wurde erst am 21. Mai gelandet.

Fachverein der Metall-Industrie Hannover und Umgend.

Am 23. Mai entschlief nach längerem Leiden an der Proletarier-Krankheit unser Kollege

Herr Paul Binnecker

im 33. Lebensjahre. Wir rufen ihm ein „Ruhe sanft“ nach.

Fachverein der Feilenhauer von Magdeburg und Umgend

Den Mitgliedern des Metallarbeitervereins von Neumünster und Umgend sowie allen meinen Bekannten, Freunden und Kollegen herzlichsten Gruß!

Welzen in Hannover, 31. Mai 1891.
Joh. Dickel, Schlosser.

Gesucht ein
Rupferschmied,

selbständig und solid, als Vorarbeiter im Schlaubertessbau.
Gebrüder Heine, Wlisen, Rheinproving.

1 tüchtiger Feilenhauer
(deutsches System) sofort gesucht. Selbiger muß befähigt sein, eine Schleiferei einzurichten. Offerten zu richten an: J. Eichhoff, Feilenhauer, Rostock i. M.